

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

05.10.2017

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 22. Sitzung**

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 5. Oktober 2017

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 22:34 Uhr  
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Herr Frank Embach  
Frau Yvonne Görs  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Heiko Jaap  
Herr Lutz Jesse  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Jörg König  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Herr Peter Madjarov  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Christoph Oberst  
Herr Dr. Sascha Ott  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Herr Erik von Malottki  
Frau Brigitte Witt  
Frau Dr. Monique Wölk  
Frau Katja Wolter

## Entschuldigt

Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Frau Karola Lüptow  
Herr Ludwig Spring  
Herr Ingo Ziola

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 17.07.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Pfand gehört daneben, nicht in den Müll  
*Fraktion DIE LINKE*
6. Aussprache zur Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en der Bürgerschaft in der Sitzung der Bürgerschaft am 17.07.2017
7. Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en der Bürgerschaft
8. Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1. Bestellung der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes  
*Dez. I, Amt 10*
- 8.2. Besetzungen
- 8.2.1. Umbesetzung "AG Saubere Stadt"  
*SPD-Fraktion*
- 8.2.2. Umbesetzung OTV Riems  
*SPD-Fraktion*
- 8.2.3. Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend  
*CDU-Fraktion*
- 8.2.4. Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung  
*Fraktion Kompetenz für Vorpommern*
- 8.3. Kleingärten
- 8.3.1. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)  
*Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt*
- 8.3.2. Stufenweise Pachtzinserhöhungen Kleingärten  
*CDU-Fraktion, Bürgerschaftsmitglied Peter Multhauf (interfraktionell und/oder mit weiteren Bürgerschaftsmitgliedern angestrebt)*
- 8.3.3. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage  
*Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt*
- 8.3.4. Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt  
*SPD-Fraktion*
- 8.3.5. Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten  
*SPD-Fraktion*
- 8.4. Jahresabschluss 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Dez. I, Eigenbetrieb Abwasserwerk Greifswald*

- 8.5. Nachtrag 2017 und Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Hanse-Kinder“  
*Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder*
- 8.6. Straßenbenennung im B-Plan Nr. 115 Am Aalbruch  
*Dez. I, Amt 41*
- 8.7. Prioritätenliste für die Projektaufrufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020  
*Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung*
- 8.8. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018  
Prioritätenliste  
*Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung*
- 8.9. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule  
*Dez. II, Amt 23*
- 8.10. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 161  
„Sanierungsgebiet Innenstadt-Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt  
Greifswald zum 01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.11. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 162 „SOS –  
Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.12. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 192  
„Sanierungsgebiet Wieck“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.13. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 193  
„Stadtumbau Ost – Schönwalde I“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum  
01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.14. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 194  
„Stadtumbau Ost – Ostseeviertel-Parkseite“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
zum 01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.15. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 198  
„Stadtumbau Ost – Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum  
01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.16. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 199 „SOS  
Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.17. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II –  
Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt  
Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom  
27.02.2017 (B497-18/17)  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.18. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und  
Hansestadt Greifswald  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.19. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die  
Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.20. Bebauungsplan Nr. 116 – HanseYachts-Parkplatz –, Aufstellungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
- 8.21. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und  
Hansestadt Greifswald  
*Dez. II, Amt 66*
- 8.22. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems  
*Frau Marion Heinrich, Vorsitzende der OTV Riems*
- 8.23. Maßnahmen gegen Leerstand in der Greifswalder Innenstadt  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
- 8.24. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft  
*CDU-Fraktion*
- 8.25. Grillplatz Credner-Anlagen  
*CDU-Fraktion*

9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
11. Mitteilungen der Präsidentin
12. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . teilt mit, dass Herr Hoebel mit Schreiben vom 04.10.2017 sein Mandat niedergelegt habe.
- . begrüßt Frau Wolter als neues Mitglied der Bürgerschaft und verpflichtet sie auf eine gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten per Handschlag gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V).
- . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.  
Das ist nicht der Fall.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert darüber, dass kurz vor Beginn der Sitzung noch eine Tischvorlage „Unterhaltungsbaggerung Seehafen Greifswald - Ladebow“ eingegangen sei.
- . bittet den Einbringer, die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage zu begründen.

**Frau von Busse**

- . erklärt, dass es im August eine erneute Tiefgangsbeschränkung durch das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) auf 4,20 m Abladetiefe gegeben habe. Dieser Zustand gehe an die Existenz der dort im Hafen ansässigen Unternehmen. Es solle durch die Tischvorlage ein Zeichen gesetzt werden und eine Abladetiefe von 5 m wiederhergestellt werden – perspektivisch auch die weitergehende Tiefe. Die Dringlichkeit ergebe sich aus einem Gespräch mit dem WSA, bei dem eine Idee entwickelt worden sei, wie die Umsetzung erfolgen könne. Das entsprechende Schreiben vom Wasser- und Schifffahrtsamt sei als Anlage zur Vorlage beigelegt.
- Außerdem bräuchten die Firmen im Hafen dringend ein Signal der Bürgerschaft, dass diese hinter dem Hafen stehe. Zusätzlich wäre es für die Planung der Firmen wichtig, dass in absehbarer Zeit wieder eine größere Tiefe geschaffen werde.

**Frau Socher**

- . schlägt vor, die Tischvorlage unter Top 8.26 einzuordnen.

**Herr König**

- . fragt, ob es sich bei der Vorlage nicht um eine nichtöffentliche Angelegenheit handele, da auch ein Gegenstand der Vorlage ein Pachtvertrag sei.

**Frau von Busse**

. erklärt, dass Punkt 1 b) der Vorlage im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müsse.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlage mit den zu behandelnden Punkten 1 a) und 2 auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	27	7	2

Die Vorlage wird unter TOP 8.26 eingeordnet.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** informiert des Weiteren darüber, dass

. TOP 8.2.3 „*Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend*“ vom Einbringer zurückgezogen worden sei.

. es zu TOP 8.2.4 „*Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung*“ eine neue Version gebe.

. es zu TOP 8.3.1 „*Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)*“ eine neue Version gebe.

. es zu TOP 8.21 „*Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ eine neue Version gebe.

. es einen Änderungsantrag von der CDU-Fraktion zu TOP 8.21

„*Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ gebe.

. es zu TOP 8.22 „*Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems*“ eine neue Version gebe.

. es einen Änderungsantrag von der SPD-Fraktion zu TOP 8.23 „*Maßnahmen gegen Leerstand in der Greifswalder Innenstadt*“ gebe.

Weitere Änderungsanträge gibt es nicht.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	5

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 17.07.2017**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

**TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

keine

**TOP 5. Beschlusskontrolle****TOP 5.1. Pfand gehört daneben, nicht in den Müll**

06/1061 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B593-

21/17 **Frau von Busse**

. teilt mit, dass sich der Auftrag in der Bearbeitung befinde. Mehr als bereits im Verwaltungsbericht stehe, sei derzeit nicht zu berichten.

**Herr Dr. Kasbohm**

. fragt nach einer ungefähren Zeitplanung.

**Frau von Busse**

. könne eventuell zum Ende des Jahres eine genauere Zeiteinschätzung mitteilen.

**TOP 6. Aussprache zur Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en der Bürgerschaft in der Sitzung der Bürgerschaft am 17.07.2017**

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. fasst den Ablauf kurz zusammen:

Am 17.07.2017 sei die Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en der Bürgerschaft durchgeführt worden. Das Ergebnis der Wahl sei folgendermaßen ausgefallen:

abgegebene Stimmen:	42
Stimmen für Frau Berger:	20
Stimmen für Herrn Jaap:	19
Anzahl der Enthaltungen:	3

Damit sei Frau Berger gewählt worden und Frau Berger habe die Wahl angenommen.

Nach der Sitzung seien die Räume verschlossen worden, alle Anwesenden seien nach Hause gegangen und das Rathaus sei verschlossen worden.

Am nächsten Morgen seien die Unterlagen durch die Mitarbeiterinnen der Kanzlei der Bürgerschaft mit nach oben genommen worden. Beim Ablegen der Unterlagen sei einer Mitarbeiterin aufgefallen, dass in einem Stapel Stimmen enthalten gewesen seien, die nicht dort hinein gehörten. Daraufhin habe sie Frau Breier informiert und diese habe den Oberbürgermeister, Frau Schlegel und Frau Socher in Kenntnis gesetzt. Die Wahlkommission sei dann angerufen und gebeten worden, ins Rathaus zu kommen. Jedes Mitglied der Wahlkommission habe sich erneut die Stimmzettel angeschaut, nachgezählt und festgestellt, dass es sich um ein anderes Wahlergebnis handele, als das, was am 17.07.2017 verkündet worden sei.

Daraufhin habe man sich darauf verständigt, die beiden zur Wahl gestandenen Kandidaten zu einem Gesprächstermin für den nächsten Tag einzuladen. In diesem Gespräch sei beiden Kandidaten – Frau Berger und Herrn Jaap – die Stimmzettel vorgelegt und erläutert worden, wie es zu diesem Ergebnis gekommen sei und dass sich leider das Ergebnis geändert habe. Neues Wahlergebnis sei:

abgegebene Stimmen:	42
Stimmen für Frau Berger:	18
Stimmen für Herrn Jaap:	21
Anzahl der Enthaltungen:	3

Damit sei Herr Jaap gewählt worden und Herr Jaap habe die Wahl angenommen.

**Frau Schlegel**

. beurteilt den Vorgang aus rechtlicher Sicht.

. geht auf das Schreiben des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern ein, in dem es Einwände gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl erhoben habe. Insbesondere gebe es ein Problem in Bezug auf die Öffentlichkeit.

. teilt die Bedenken des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-

Vorpommern nicht. Die Wahlhandlung habe im vollen Umfang in der Sitzung der Bürgerschaft öffentlich stattgefunden. Hinterher sei das Ergebnis öffentlich ausgezählt worden. Dabei sei leider ein Zählfehler zustande gekommen, der auch im Nachgang durch die Wahlkommission analysiert und festgestellt worden sei. Auch wenn man sagen würde, dass die Ergebnisfeststellung nicht öffentlich erfolgt sei, könne man in der heutigen Sitzung das Feststellungsverfahren wiederholen. Damit hätte man im Ergebnis ein vollumfänglich öffentliches Wahlverfahren durchgeführt.

. geht konform mit der Aussage des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern, dass die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise bei der Bürgerschaft liege.

. weist darauf hin, dass für den Gewählten ein gewisser Vertrauensschutz gelte. Es könne nicht einfach so neu gewählt werden, sondern der gefasste Wahlbeschluss müsse formell aufgehoben werden. Dafür werde gem. § 29 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) eine qualifizierte Mehrheit benötigt.

Auch das Schreiben des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern sage eindeutig, dass diese Entscheidung gegebenenfalls aufgehoben werden müsse.

### **Herr Madjarov**

. sagt, dass es nicht außergewöhnlich sei, dass bei Wahlen Fehler passieren. Die Frage sei jedoch nur, wie man damit umgehe und es rechtlich einordne.

. geht auf den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl ein. Es handele sich hierbei um einen Verfassungsgrundsatz und gelte natürlich auch bei Wahlen in der Bürgerschaft.

Dieser Grundsatz diene gerade dazu, das Vertrauen in die Wahl zu gewährleisten. Wenn in einer Sitzung gewählt werde, das Ergebnis verkündet werde und die Mitglieder der Bürgerschaft ein paar Tage später über ein anderes Wahlergebnis informiert werden, Sorge dies nicht sonderlich für Vertrauen.

Der Grundsatz gebiete, dass alle Teile der Wahl – von der Stimmabgabe bis zur Ergebnisverkündung – öffentlich und für die Wählenden nachvollziehbar seien. Damit dürften nur die Organe, die zur Wahlauszählung berufen seien, sich damit auseinandersetzen. Damit sei es problematisch, dass damit andere Menschen beteiligt seien, als die Wahlkommission.

Stimmen müssen ordnungsgemäß verwahrt werden. Außerdem gelte, dass die Stimmauszählung öffentlich sei und die Mitglieder der Bürgerschaft wissen, wann und wie ausgezählt werde. Es sei nicht ausreichend, dass im Nachhinein eine Information per E-Mail herausgeschickt werde.

Es gebe Gerichtsurteile, die besagen, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit einer Wahl immer zu einer Unwirksamkeit der Wahl führe. Dies würde dann auch dazu führen, dass die Wahl nicht aufgehoben werden müsse.

Andererseits gebe es keine Anhaltspunkte, dass es zu irgendwelchen Manipulationen gekommen sei.

Die Frage sei, wie man mit dieser Angelegenheit umgehe. Reiche eine abstrakte Möglichkeit, dass das Ergebnis beeinflusst worden sei oder benötige man eine konkrete Möglichkeit. Es gebe Gerichtsurteile aus diesem Jahr, die in die letztgenannte Richtung gehen würden. Einerseits liegen hier keine konkreten Anhaltspunkte zur Manipulation vor, daher könne die Wahl akzeptiert werden.

Andererseits, sei es der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 schon wichtig festzustellen, dass dieses Verfahren, in der Form nicht korrekt gewesen sei. Man müsse sich darauf einigen, wie man in Zukunft damit umgehen werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 schlägt daher vor, zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft gemeinsam eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, wie ein Wahlverfahren ablaufen solle.

**Herr Liedtke**

. betont, wie schwer es ihm falle, nun vor die Mitglieder der Bürgerschaft zu treten und wie schwierig es für die Mitglieder der Wahlkommission am Dienstag und Mittwoch nach der Wahl gewesen sei.

. fand es sehr gut, dass es in den verschiedensten Medien keine Angriffe auf die Wahlkommission gegeben habe.

Es sei ein Fehler durch die Wahlkommission gemacht worden.

Der Vorgang der Wahl sei ordnungsgemäß abgelaufen.

. findet es gut, wie Frau Socher, Frau Schlegel und die Mitarbeiterinnen der Kanzlei der Bürgerschaft mit dem Vorfall umgegangen seien und die Problematik gemeinsam lösen konnten.

. bedankt sich persönlich bei den genannten Personen.

Es wäre schlimmer gewesen, wenn der Fehler erst nach einer gewissen Zeit entdeckt worden wäre.

**Herr König**

. widerspricht Herrn Liedtke und sagt, dass er den Umgang mit dem Wahlfehler nicht besonders professionell und gütlich gefunden habe.

. kritisiert, dass die Mitglieder der Bürgerschaft sehr lange nichts über den Hergang der Feststellung des neuen Wahlergebnisses erfahren haben – mit Ausnahme des neu festgestellten Ergebnisses.

. kennt die genaue Vorgehensweise immer noch nicht.

. bemängelt die fehlende Ernsthaftigkeit, wie mit diesem Thema umgegangen werde.

**Frau Socher**

. antwortet, dass zunächst erst einmal die Wahlkommission einbestellt worden sei, um zunächst diejenigen, die direkt beteiligt gewesen seien, damit zu konfrontieren, was passiert sei. Als dies erfolgt gewesen sei, seien sofort die Mitglieder der Bürgerschaft informiert worden.

. weist diesen Vorwurf zurück.

**Herr Krüger**

. möchte den Blickwinkel darauf richten, wie die Mitglieder der Bürgerschaft mit der ihnen übertragenen Aufgabe umgehen. Man müsse Sorgfalt walten lassen beim Lesen der Vorlagen, beim Auszählen von Wahlen usw.

. greift die Kritik von Herrn König auf und erklärt, dass es darum gegangen sei, in welchem Umfang die Mitglieder der Bürgerschaft über den Vorfall informiert worden seien.

. bringt eine Beschlussvorlage mit folgendem Text ein:

*„I. Die Bürgerschaft stellt fest, dass die Stimmauszählung der Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten der Bürgerschaft am 17.07.2017 fehlerhaft war. Auch die nichtöffentliche Nachzählung durch die Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. die Wahlkommission verletzte wesentliche Wahlvorschriften. Da es keine Anhaltspunkte gibt, dass sich dies auf das Ergebnis ausgewirkt hat, ist die Wahl von Herrn Jaap zum Vize-Präsidenten der Bürgerschaft gültig.“*

**Herr Dr. Kasbohm**

. hält es für bedauerlich, dass das Wahlergebnis selbst nichtöffentlich ermittelt worden sei. Zumal es hierbei um einen emotionalen Punkt gehe.

. fühlt sich jedoch hinreichend und zeitnah informiert,

a) dass es ein Problem gegeben habe.

b) was die Prozedur betraf, um dies zu beheben.

c) dass mit beiden Kandidaten gesprochen worden sei.

Es gebe keinerlei Ansätze dafür, dass nachträglich etwas mit den Stimmzetteln passiert sei. Auch habe niemand diese Wahl beanstandet. Selbst das Schreiben vom Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern ende damit, dass die Wahl nicht beanstandet werde. Daher sei die Wahl gültig.



. betont, dass die demokratischen Aufgaben konzentrierter wahrgenommen werden müssen.

**Frau Socher**

. sagt, dass es ihr sehr schwer falle, dem zweiten Satz der eingebrachten Beschlussvorlage zuzustimmen.  
. stellt klar, dass die Wahlkommission die Stimmzettel nachgezählt habe und in dem Fall die Mitarbeiterinnen der Kanzlei der Bürgerschaft und sie selbst die Öffentlichkeit dargestellt hätten.

**Herr Dr. Meyer**

. ergänzt, dass man die Wahlkommission bei der Auszählung während einer Sitzung ebenfalls nicht beobachten könne.  
Niemand könne nachvollziehen, ob bei der Auszählung ein Fehler unterlaufen sei.  
. könne daher dem zweiten Satz ebenfalls nicht zustimmen.

**Frau Socher**

. sagt auf Hinweis von der Leiterin der Kanzlei der Bürgerschaft, dass in der Kanzlei der Bürgerschaft die Stimmzettel nicht nachgezählt worden seien, sondern bei der Ablage der Unterlagen sei einfach aufgefallen, dass in einem Stapel Stimmzettel für den anderen Kandidaten enthalten gewesen seien.

**Herr Hochschild**

. stellt klar, dass die CDU-Fraktion der von Herrn Krüger vorgeschlagenen Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen könne, denn der Wahlvorgang war völlig korrekt. Der einzige Fehler sei bei der Stimmauszählung durch die Wahlkommission unterlaufen. Die Wahlkommission habe den Fehler auch selbst wieder korrigiert.  
Das Einzige, was man bemängeln könnte, sei, dass der Öffentlichkeitsgrundsatz zu diesem Zeitpunkt eventuell nicht vollständig gegeben gewesen sei.  
. schlägt daher vor, die Stimmzettel in der heutigen Sitzung noch einmal neu auszuzählen. Damit sei der Fehler korrigiert.  
. kritisiert die Vorgehensweise der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4. Die Wahl sei ordnungsgemäß abgelaufen. Die Mitglieder der Bürgerschaft seien rechtzeitig informiert worden. Die Wahlkommission habe sich am Tag nach der Wahl zweimal getroffen.  
. fühlt sich vernünftig informiert.

**Herr Multhauf.** meldet sich zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

. beantragt, auf den zweiten Satz der Vorlage zu verzichten.  
. regt an, die Diskussion zu beenden.

**Herr König**

. hält eine Gegenrede zu diesem Antrag.  
Bei einer Auszählung während der Sitzung, könne jedes Mitglied der Bürgerschaft jederzeit hingehen und nachsehen. Eine Auszählung, über die ein Mitglied der Bürgerschaft noch nicht einmal informiert sei und die Öffentlichkeit nur aus den Mitarbeiterinnen der Kanzlei der Bürgerschaft bestehe, sei keine öffentliche Auszählung.  
Frau Socher beginnt mit der Abstimmung.

**Herr Krüger**

. stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Diskussion fortgesetzt wird und die Änderungsanträge nach der Diskussion abgestimmt werden.

**Frau Socher**

. stellt klar, dass dem Präsidium nicht ersichtlich gewesen sei, dass noch weitere

Änderungsanträge folgen werden. Demzufolge habe Frau Socher die Abstimmung eingeleitet, welche sie nun auch zu Ende führen wolle.

. lässt darüber abstimmen, ob der zweite Satz gestrichen werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	14	3

#### **Herr Dr. Kerath**

. stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Neuauszählung, weil die Stimmenanzahl in der Summe nicht mit der Anzahl der anwesenden Mitglieder der Bürgerschaft übereinstimme.

Aufgrund des Antrages lässt Frau Socher die Abstimmung wiederholen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	16	3

#### **Herr von Malottki**

. sagt, dass seine Fraktion eigentlich den Vorschlag unterbreiten wollte, nur die Verwaltungsmitarbeiter aus dem Beschlussvorschlag herauszustreichen. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätten die Verwaltungsmitarbeiter absolut redlich gehandelt. Jedoch sei es unzweifelhaft, dass eine Auszählung nur im Rahmen der Wahlkommission nicht die Wahlvorschriften erfülle.

. kritisiert, dass nicht zuerst alle Änderungsanträge gesammelt und dann darüber abgestimmt worden sei.

#### **Frau Socher**

. weist darauf hin, dass Herr Multhauf einen Antrag auf Beendigung der Diskussion gestellt habe. Danach habe Herr König eine Gegenrede gehalten und als es zur Abstimmung ging, habe erst Herr von Malottki seinen Arm gehoben.

#### **Herr Kramer**

. erinnert daran, dass Frau Socher als Präsidentin der Bürgerschaft mehrheitlich das Vertrauen der Bürgerschaft ausgesprochen worden sei. Sein Vertrauen genieße die Präsidentin der Bürgerschaft soweit, dass er befürworten würde, dass in diesem Fall bei der Auszählung eine Öffentlichkeit – durch Frau Socher – gegeben gewesen sei.

#### **Herr Madjarov**

. betont erneut, dass Stimmauszählungen und Nachzählungen öffentlich sein müssen.

Eine Heilung sei obsolet, wenn dazwischen so viel Zeit vergangen sei. Für die Zukunft müsse klar sein, dass alle Wahlhandlungen öffentlich durchzuführen seien.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

. fasst noch einmal zusammen: Sobald jemand einen Fehler bei den Stimmzetteln feststelle, müssten diese eingetütet werden. Die Wahlkommission müsse dann die Stimmzettel in öffentlicher Sitzung neu auszählen.

**Frau Socher** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„I. Die Bürgerschaft stellt fest, dass die Stimmauszählung der Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten der Bürgerschaft am 17.07.2017 fehlerhaft war. Da es keine Anhaltspunkte gibt, dass sich dies auf das Ergebnis ausgewirkt hat, ist die Wahl von Herrn Jaap zum Vize-Präsidenten der Bürgerschaft gültig.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	4	11

*Herr Dr. Bittner nimmt an der Abstimmung über diese Beschlussvorlage nicht teil.*

## TOP 7. Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en der Bürgerschaft

entfällt

## TOP 8. Beratung der Beschlussvorlagen

### TOP 8.1. Bestellung der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

- 06/1174 **Die Präsidentin der Bürgerschaft**  
 B597- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 22/17 . bittet Frau Dr. Oestreich sich vorzustellen.

#### **Frau Dr. Oestreich**

. kommt Frau Sochers Bitte nach.

#### **Frau Demuth**

. informiert, dass die Laufbahnbefähigung von Frau Dr. Oestreich heute durch das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bestätigt worden sei.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß § 2 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V)*

*Frau Dr. Agnes Oestreich, Diplom Kauffrau, Dr. der Wirtschaftswissenschaften,*

*zum nächstmöglichen Termin zur Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes.*

*Die Bestellung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde zur Feststellung der Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt (höherer Dienst).“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

### TOP 8.2. Besetzungen

#### TOP 8.2.1. Umbesetzung "AG Saubere Stadt"

- 06/1158 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B598-  
 22/17 **Herr Dr. Bittner**

. informiert, dass die „AG Saubere Stadt“ mit Mitgliedern der Bürgerschaft besetzt sein sollte. Bisher seien die Mitglieder der AGs nicht durch einen Bürgerschaftsbeschluss bestätigt worden.

. befürwortet jedoch diese Vorgehensweise.

. möchte wissen, wer von den anderen Fraktionen in diesen AGs vertreten sei. Die Beteiligung von anderen Fraktionen sei nicht sehr intensiv.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. spricht mit Herrn Dr. Bittner ab, dass die Beantwortung als Anlage zum Protokoll beigefügt werde.

. lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt:

Herrn Thomas Lange als Vertreter für die "AG Saubere Stadt" zu benennen. Frau Dr. Monique Wölk wird stellvertretendes Mitglied. Herr René Lenz scheidet aus.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

*Herr Mundt verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

**TOP 8.2.2. Umbesetzung OTV Riems**

06/1172 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B599- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

22/17 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau Silvana Ohlert wird Mitglied in der OTV Riems. Herr Dirk Ohlert wird stellvertretendes Mitglied. Frau Anja Landmesser scheidet aus.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 8.2.3. Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend**

06/1171 zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 4)

**TOP 8.2.4. Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung**

06/1159.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft

B600- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17 . macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um eine neue Version handele.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Herr Patrick Kunkel wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung gewählt und ersetzt Herrn Jens Feißel.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 8.3. Kleingärten****TOP 8.3.1. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)**

06/1137.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B601-

22/17

**Herr Multhauf**

- . informiert über eine Änderung: Unter Punkt 2 wird das Wort „abgelehnt“ durch „aufgehoben“ ersetzt.
- . bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Krüger**

- . teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 dem Rückholantrag nicht zustimmen wird. Wenn er jedoch zurückgeholt werden sollte, werde die Fraktion jedoch für eine Konsensvorlage werben.

**Herr Hochschild**

- . macht deutlich, dass es der CDU-Fraktion und Herrn Multhauf zu verdanken sei, dass das Thema nun noch einmal aufgegriffen werde.
- . greift die Aussage von Herrn Multhauf auf, dass es eine Ungleichbehandlung zwischen Förderung der Sportler und Förderung der Kleingärtner gebe. Außerdem seien in den letzten Jahren enorme Kosten auf die Kleingärtner zugekommen (z.B. Abwasserbeseitigung, Erneuerung sämtlicher elektrischer Anlagen, neue Regelung zum Grünschnitt).
- . fragt die Verwaltung, ob wirklich über einen Anschlusszwang bei der Abfallentsorgung nachgedacht werde.
- . stellt klar, dass die CDU-Fraktion diesem Vorschlag nicht folgen werde.

**Frau Socher**

- . weist darauf hin, dass für Angelegenheiten bezüglich Müll der Kreis zuständig sei.

**Herr Dr. Kasbohm**

- . sagt, dass es wichtig sei, den Beschluss öffentlich zurückzuholen. Dieser Beschluss betreffe fast 10.000 Menschen und werde sozusagen wie eine Gebührenordnung gehandhabt.
- . geht auf die Frage ein, weshalb so viel Aufwand betrieben werde. Es gebe unwahrscheinlich viele Mechanismen, um Menschen, denen die Finanzierung einer Freizeitbeschäftigung schwer falle, zu unterstützen, wie zum Beispiel bei der Musikschule. Diese Hilfestellung gebe es bei den Kleingärtnern nicht.
- . Der KUS wäre hier ein möglicher Ansatzpunkt.
- . unterstützt die Rückholung und die Neuformulierung der Satzung.

**Herr Dr. Kerath**

- . ist nicht dazu geneigt, Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil im öffentlichen Teil zu diskutieren.
- . Jedoch sollte man wenn überhaupt auch über die Wahrheit sprechen. In der Vorlage, die in den Hauptausschuss eingereicht worden sei, habe gestanden, dass die Kleingärtner der Universitäts- und Hansestadt Greifswald der Pachterhöhung zugestimmt hätten. Aus diesem Grund habe auch die SPD-Fraktion dieser Vorlage zugestimmt. Wenn man im Nachgang darüber belehrt werde, dass dem nicht so gewesen sei, sei es selbstverständlich, dass der Beschluss neu gefasst werden müsse.

**Herr Burmeister**

- . stellt klar, dass die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP keine einheitliche Meinung vertrete.

**Frau von Busse**

- . macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung sich bezüglich der Absprache mit den Kleingärtnern nichts ausgedacht habe. Es liege ein Schreiben von Herrn Schneider vor, in dem mitgeteilt werde, dass ein Beschluss der Vollversammlung gefasst worden sei, dass die Stadtvereine dieser stufenweisen Erhöhung

zustimmen.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Den Beschluss des Hauptausschusses „Stufenweise Pachtzinserhöhung Kleingartenanlagen“ (HA-203/17) an sich zu ziehen.
2. Der Beschluss des HA 203/ 17 wird aufgehoben.
3. In der Sitzung der Bürgerschaft am 5.10.2017 wird dazu neu beschlossen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	13	2

Auf Antrag von Herrn Dr. Bittner lässt Frau Socher erneut über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	15	2

### TOP 8.3.2. Stufenweise Pachtzinserhöhungen Kleingärten

06/1151 entfällt

### TOP 8.3.3. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage

06/1138 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B602-

22/17

#### Herr Multhauf

. korrigiert den letzten Absatz in der Sachdarstellung

*Aufgrund widersprüchlicher Aussagen in der Presse zu diesem Vorgang hat die Fraktion DIE LINKE Kontakt zum Vorstand des Kreisverbandes der Gartenfreunde aufgenommen und macht aufgrund der Gespräche den Kompromissvorschlag, nur die erste Stufe der verabredeten Pachtzinserhöhung umzusetzen. Diese Regelung gilt für die nächsten 10 Jahre.*

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. kündigt an, dass für den nächsten Doppelhaushalt 2019/2020 von der Fraktion DIE LINKE ein Produkt Pachten/Mieten beantragt werde, da Pachten und Mieteinnahmen im Haushalt bisher nicht ausgewiesen seien.

Die Entlastung durch den KUS werde vom Kleingartenvorstand abgelehnt und außerdem sei dies technisch schwer zu realisieren.

. geht auf die SPD-Vorlagen ein und hält diese nicht für prinzipiell falsch.

. bittet um Zustimmung.

. bedankt sich bei den Vorstandsvorsitzenden und den Vorständen der Kleingartensparten.

#### Herr Hochschild

. sagt, dass die CDU-Fraktion bei ihrer Meinung bleibe, dass den Kleingärtnern am meisten geholfen werde, wenn es keine Pachtzinserhöhung gebe.

. hält es für wichtig, dass der Verband unterstützt werde.

Bei der Pächterhöhung, die von der Fraktion DIE LINKE vorgeschlagen werde, handele es sich um einen Wert von 30 TEUR. Wenn man auf die Pachtzinserhöhung verzichte, aber dem Verband finanziell unter die Armen greifen wolle, könne die Bürgerschaft ein Zeichen setzen und die 1,5 TEUR im Jahr (5 Prozent von 30 TEUR) dem Verein zur Verfügung zustellen.

#### Herr Dr. Kasbohm

. hält die Erarbeitung einer Konzeption für sehr wichtig.

**Herr Dr. Kerath**

. schließt sich Herrn Hochschild und Herrn Dr. Kasbohm an. Sobald ein Kleingartenkonzept erstellt worden sei, könne mit den Kleingärtnern gesprochen werden, ob und wie weit eine solche Pachtzinserhöhung umgesetzt werden solle. Außerdem strebe die SPD-Fraktion eine Aufnahme der gesamten Kleingartenpacht in den KUS an. Dies solle für die Kleingärtner möglichst unbürokratisch ablaufen.

**Herr Multhauf**

. betont, dass es wichtig sei, dass die Kleingärtner nach dieser Sitzung wissen, was mit den Pachtzinsen passieren werde.  
 Über 90 Prozent hätten diesem Kompromissvorschlag zugestimmt. Wenn die Bürgerschaft diesem nicht folgt, müsse der Kleingartenverband seine Mitglieder erneut fragen, was sie davon hielten. Dies sei zeitaufwendig und entspreche nicht dem, was die Bürgerschaft wolle – nämlich den Kleingartenverband für die nächsten 10 Jahre Sicherheit zu geben.  
 . beantragt namentliche Abstimmung.

**Herr Burmeister**

. fragt nach der Verfahrensweise.

**Frau Socher**

. erklärt, dass die Reihenfolge der Vorlagen so gewählt sei, da der Antrag der Fraktion DIE LINKE ein Ergebnis habe, sei er zuerst abzustimmen.  
 . lässt über die geänderte Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts-und Hansestadt beschließt:*

*Der Pachtzins für die im Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. organisierten Kleingartenanlagen wird für den Zeitraum von 10 Jahren beginnend ab dem 1.1.2018 von bisher 8 Cent/m<sup>2</sup> auf 10,0 Cent/m<sup>2</sup> erhöht.*

*Verbunden mit dieser Erhöhung wird dem Kreisverband der Gartenfreunde in der Zeit eine 5% Erstattung des Pachtpreises für Ausgaben des Verbandes gewährt. Diese Ausgaben des Verbandes werden im Interesse der Vereine erfolgen und deren Verwendung gegenüber dem Eigentümer nachweislich belegt.“*

Teilnehmer/in	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar		X	
Frau Ulrike Berger			X
Herr Dr. Ullrich Bittner		X	
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister			X
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek	X		
Herr Frank Embach	X		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		

Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Wolfgang Jochens		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath		X	
Herr Jörg König		X	
Herr Nikolaus Kramer		X	
Herr Alexander Krüger		X	
Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange		X	
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow	nicht anwesend		
Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt	nicht anwesend		
Herr Christoph Oberst		X	
Herr Dr. Sascha Ott		X	
Herr Milos Rodatos		X	
Herr Dr. Ulrich Rose		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring	nicht anwesend		
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig	X		
Herr Erik von Malottki		X	
Frau Brigitte Witt		X	



Frau Dr. Monique Wölk		X	
Frau Katja Wolter			X
Herr Ingo Ziola	nicht anwesend		

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	22	3

#### TOP 8.3.4. Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt

06/1155

B603- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17

##### Herr Dr. Kerath

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . informiert, dass Punkt 1 gestrichen wird.

##### Herr Bleckmann

- . beantragt Einzelabstimmung der Punkte.

##### Herr König

- . beantragt Rederecht für Herrn Schneider, Vorsitzender des Kreisverbandes der Gartenfreunde Greifswald e.V.

Frau Socher lässt darüber abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

##### Herr Schneider

- . betont, dass der Kreisverband bisher immer eine gute und vernünftige Zusammenarbeit mit der Verwaltung gepflegt habe und hoffentlich auch weiter haben werde.
- . sagt, dass er ein Schreiben mitunterschrieben habe, in dem von einer Vollversammlung die Rede gewesen sei. Eine Vollversammlung gebe es jedoch gar nicht. Es existiere lediglich die geschäftsführende Vorstandssitzung, die erweiternde Vorstandssitzung und eine Delegiertenversammlung. Das, was durchgeführt worden sei, sei die Vorsitzendenberatung gewesen, welche übrigens mehr Teilnehmer habe, als alle anderen Versammlungen.
- Im Nachhinein habe man im Rahmen einer Begehung nachgefragt, ob die Information durchgestellt worden sei und es sei von allen, die daran teilgenommenen haben, bestätigt worden, dass sie Bescheid wüssten.
- Es gebe für Greifswald keinen ortsüblichen Pachtzins. Durch einen Gutachterausschuss sei ein Pachtzins festgestellt worden. Damit sei ein Grenzwert geschaffen worden, der nicht überschritten werden könne.
- Aufgrund dieser Sachlage habe man sich in der Arbeitsgruppe und auch in Gesprächen mit der Verwaltung entschlossen, den Pachtzins von 13,6 ct zähneknirschend anzunehmen. Dies sei abgelehnt worden und daher sei es zu neuen Verhandlungen gekommen. Man habe sich dann darauf geeinigt die Angelegenheit zu splitten, wodurch man sich dann auf 10,8 ct geeinigt habe.
- 96 Prozent der Kleingärtner hätten bestätigt, dass sie mit einer Erhöhung von max. 10 ct mitgehen könnten.
- . spricht sich für eine schnelle Übermittlung des Beschlusses aus. Die Rechnungen würden im September verschickt werden, da viele Kleingärtner Monate benötigen

würden, um die Finanzen stemmen zu können.

- . betont, dass bei den Kleingärten nicht nach den finanziellen Möglichkeiten unterschieden werde. Hier sehe der Kreisverband eine soziale Aufgabe. Der nächste soziale Punkt sei die Gleichbehandlung. Dieser sei nun gefährdet, da es in Greifswald nicht nur städtische Eigentümer von Gartenvereinen gebe.
- . ist dankbar dafür, dass die Bürgerschaft sich mit diesem Thema beschäftige.
- . macht darauf aufmerksam, dass es nur einen geringen monatlichen Beitrag für Kleingärtner pro Parzelle gebe, womit jedoch viele Aufgaben erfüllt werden sollen. Daher sei es dem Kreisverband wichtig gewesen, eine Rückerstattung aus dem Pachtzinsvertrag zu erhalten.

#### **Herr Krüger**

- . hätte sich gefreut, wenn diese Informationen vor dem letzten Beschluss gekommen wären.
- Der Fraktion sei es wichtig gewesen, dass alle beteiligten Personen einbezogen werden. Es sei ihnen mitgeteilt worden, dass dies der Fall sei. Darin habe das Problem bestanden. Da die Vorlage der Fraktion DIE LINKE keine Mehrheit gefunden habe, werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 sich nun der Vorlage der SPD-Fraktion anschließen.

#### **Herr Kruse**

- . habe vorhin mitbekommen, dass es bereits Verhandlungen zu den über Kleingartenkonzeptionen und eine Arbeitsgruppe gebe.
- . möchte diesbezüglich einen Stand wissen.

#### **Frau Socher**

- . informiert, dass es im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung eine Mitteilung gegeben habe, dass die Arbeiten im kommenden Jahr beginnen würden.

#### **Frau von Busse**

- . bedankt sich bei Herrn Schneider für die Darstellung des Verfahrens.
- . sagt, dass im ISEK vorgesehen sei, dass eine Kleingartenkonzeption erarbeitet werde.
- Dies sei perspektivisch für das nächste Jahr geplant. Daher sei die Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption jetzt nicht notwendig. Die AG „Kleingärten“, die bereits existiere, sei so wie sie jetzt sei, funktionsfähig.
- . fragt Herrn Schneider, welches Ergebnis er sich erhoffe.

#### **Herr von Malottki**

- . fragt, ob es sich bei der AG „Kleingärten“, mit der eine Kleingartenkonzeption erarbeitet werden solle, um dieselbe AG handele, zu der die Pachterhöhung im Hauptausschuss gefasst worden sei.

#### **Frau von Busse**

- . antwortet, dass diese separat verhandelt worden sei.

#### **Frau Dr. Wölk**

- . weist darauf hin, dass der SPD-Fraktion die jetzt zur Debatte stehende Kleingartenkonzeption und die bereits existierende AG „Kleingärten“ nicht ausreiche.
- Daher die folgende Beschlussvorlage.
- . macht deutlich, dass die SPD-Fraktion keine Pachterhöhung fordere, sondern gemeinsam mit den Kleingärtnern über eine Konzeption sprechen.

#### **Herr Schneider**

- . sagt, dass mit den Kleingärtnern eine vertretbare Erhöhung von 10 ct besprochen

worden sei. Wenn die Erhöhung geringer ausfallen sollte, wären sie dankbar. Ihm stehe es jedoch nicht zu, den Mitgliedern vorzugeben, was beschlossen werden solle.

#### **Herr Multhauf**

. entschuldigt sich bei Frau Socher und Herrn Schneider, da er vorgehabt habe, Rederecht für Herrn Schneider zu beantragen.

Möglicherweise hätte ein früherer Antrag auf Rederecht dazugeführt, dass das Abstimmungsergebnis der Vorlage der Fraktion DIE LINKE anders ausgesehen hätte.

. wäre dankbar, wenn dieser Beschluss daher noch einmal zurückgeholt werde und nach dem Redebeitrag von Herrn Schneider noch einmal darüber abgestimmt werden würde.

#### **Herr Kruse**

. fasst für Herrn Schneider zusammen: Wenn jetzt nichts weiter beschlossen werde, als bisher beschlossen worden sei, bliebe es bei den bisherigen 8 ct und es gebe keine Erhöhung.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

. erinnert daran, dass es dann jedoch auch keine Rückerstattung gebe.

. informiert, dass die AG „Kleingärten“ eingerichtet worden sei, als es früher um die überfluteten Gärten gegangen sei. Etwas anderes habe die AG bisher nicht bewegt. Daher sei es schon interessant, eine echte Diskussion zwischen Verwaltung, Kleingärtnern und den Mitgliedern der Bürgerschaft zustande zu bringen.

. sagt, dass die angekündigte Rückholung von Herrn Multhauf keinen Sinn mache, da Herr Schneider selbst gesagt habe, dass er mindestens drei Monate Vorlaufzeit benötige.

. wirbt dafür, die Vorlage der SPD-Fraktion in dieser geänderten Form zu unterstützen.

. möchte nicht, dass der KUS „übergestülpt“ werde. Jedoch sei dies eine Form, die Menschen zu unterstützen.

#### **Herr Burmeister**

. bittet das Präsidium entsprechend einzugreifen, wenn die Diskussionen nicht zum Thema/der Vorlage geführt werden.

#### **Frau Dr. Wölk**

. merkt an, dass die Rückvergütung natürlich auch im Rahmen der Kleingartenkonzeption diskutiert und eventuell aufgegriffen werden könne.

Frau Socher lässt über die geänderten Punkte der Beschlussvorlage einzeln abstimmen:

„Die Bürgerschaft möge beschließen:

- 1) *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen neuen Pachtvertrag mit dem Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. unter Berücksichtigung einer zu erstellenden Richtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in Greifswald“ (Kleingartenkonzeption) zu verhandeln.*
- 2) *Es soll geprüft werden, ob die KUS-Richtlinie mit dem Ziel angepasst wird, den KUS zukünftig auch für die Kleingartenpacht zur Anwendung zu bringen.“*

Ergebnis:

Punkt 1  
Punkt 2

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	22	4	11
Punkt 2	22	10	4

*Herr Liskow ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.3.5. Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten**

06/1156

B604- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17

**Frau Dr. Wölk**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Dr. Kasbohm**

. wirbt für die Beschlussvorlage.

Zwei Ergebnisse seien zu erwarten: Zum einen könnten die Kleingärtner sagen, dass sie sich im Garten erholen wollen, im Verband mit den Menschen zusammen sein und lieber ihre Ruhe haben wollen. Zum anderen könnten die Kleingärtner Interesse daran haben, sich in der Umgebung einzubringen (zum Beispiel: Einsetzen für das Bestehenbleiben der Einkaufszentren in der nahen Umgebung, Einbringen in das Konzept „Essbare Stadt“, Studenten integrieren/Gemeinschaftsgärten).

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der AG Kleingärten eine Richtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in Greifswald“ (Kleingartenkonzeption) zu erarbeiten und der Bürgerschaft zum Beschluss vorzulegen.
2. Die Bürgerschaft ruft eine AG Kleingärten ins Leben, welche die Mitglieder der bisherigen AG Kleingärten sowie jeweils einen Vertreter der Bürgerschaftsfraktionen umfasst. Die AG berichtet dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung sowie dem Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend fortlaufend.
3. Die Kleingartenkonzeption bildet die Grundlage für die weitere Entwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. eine Vereinbarung zur Umsetzung der Kleingartenkonzeption im Stadtgebiet auszuhandeln und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die Kleingartenkonzeption wird nach sieben Jahren evaluiert und ggf. in angepasster Form fortgeschrieben.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	16	4

**TOP 8.4. Jahresabschluss 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/1097

B605- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit
 

einer Bilanzsumme von	56.764.865,38 EUR
davon einem Eigenkapital von	12.469.105,58 EUR
und einem Jahresüberschuss von	726.505,24 EUR

festgestellt.

Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 726.505,24 EUR und dem Gewinnvortrag in Höhe von 245.580,15 EUR werden der zweckgebundenen Rücklage 285.000 EUR zugeführt. Der Restbetrag in Höhe von 687.085,39 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Lagebericht 2016 wird genehmigt. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

2. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der KPMG AG Hamburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

## TOP 8.5. Nachtrag 2017 und Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“

06/1102 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B606-

22/17

**Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass die SPD-Fraktion die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes nachdrücklich begrüßt. Die im Nachtragswirtschaftsplan und dem zukünftigen Wirtschaftsplan vorgelegten Zahlen zeigen, dass der Eigenbetrieb auf einem richtigen Weg sei.

. geht auf die Knappheit der Kindertagesstättenplätze ein. Es gebe derzeit eine sehr lange Warteliste von über 100 Kindern, die auf einen Platz in einer Kindertagesstätte oder bei einer Tagesmutter warten. Jedoch gebe es sicher auch eine Dunkelziffer.

. hofft, dass der Oberbürgermeister zeitnah einen Kita-Gipfel einberufe. Hier solle er zusammen mit dem Landkreis, mit dem Eigenbetrieb und den freien Trägern nach einer zeitnahen Lösung suchen, wie der enorme Überhang an Kindern, die derzeit nicht versorgt werden könne, behoben werden könnte.

Die Kinder hätten nicht nur einen Rechtsanspruch darauf, sondern es sei auch wichtig für ihre Entwicklung.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. „Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Nachtragswirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Hanse-Kinder.
2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Hanse-Kinder.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Multhauf verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

## TOP 8.6. Straßenbenennung im B-Plan Nr. 115 Am Aalbruch

06/1098.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B607- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

22/17

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die neue Straße im Bebauungsplan Nr. 115 Am Aalbruch soll „Storchenwiese“ heißen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 5	Enthaltungen 1
----------------------------	-------------------	-------------------

*Herr Dr. Rose ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

## TOP 8.7. Prioritätenliste für die Projektaufrufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020

06/1128 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B608-  
22/17

### Herr von Malottki

. hält diesen TOP für einen der wichtigsten bei der heutigen Sitzung.  
Er betreffe die prioritären Pflichtaufgaben der Bürgerschaft und der Stadt (z. B. die ausreichende und gute Unterbringung der Schüler und Kindertagesstättenkinder). Die Fakten über die Knappheit an Plätzen in Schulen und Kindertagesstätten werden in Statistiken dargestellt.  
. hat bereits beim ISEK auf die Auswirkungen einer wachsenden Stadt hingewiesen. Nun seien erste Schritte gemacht; darunter der Neubau der Erwin-Fischer-Schule und der Grundsatzbeschluss zur Grundschule.  
Die wichtigste Frage sei jedoch die Finanzierung der notwendigen Schul- und Kita-Neubauten.  
Zwar sei bekannt, dass die Förderung des Grundschulneubaus innerhalb des 2. EFRE-Calls unwahrscheinlich sei. Jedoch müsse daher beim Land umso mehr auf eine Förderung – über das EFRE-Programm hinaus – oder über unkonventionelle Lösungen (z. B. Umwidmung der EFRE-Mittel für den Hansering) gedrängt werden.  
. wünscht sich von der Stadtverwaltung diesbezüglich eine offensive Herangehensweise bei der Einwerbung von Fördermitteln für den Grundschulneubau und auch für die Schaffung von notwendigen Regionalschulkapazitäten.  
Aber auch die Bürgerschaft habe eine große Verantwortung. Es müssen Subventionen für milliardenschwere Unternehmen auf den Prüfstand gestellt, Steuerverschwendungen beendet und das Aufbringen von finanziellen Mitteln für Schüler und Kindertagesstättenkinder als Hauptaufgabe begriffen werden.  
Auf Kreisebene seien die Mitglieder des Kreistages gefordert, endlich eine Absenkung der Kreisumlage durchzusetzen, damit diese Mittel für die Wahrnehmung der städtischen Aufgaben verwendet werden können.  
. macht deutlich, dass es wichtig sei, dass die Bürgerschaft begreife, dass die Einwerbung von finanziellen Mitteln für die Kita- und Schulneubauten endlich oberste Priorität erhalte.

### Frau von Busse

. sagt, dass es explizit um die Schaffung von Kita- und Hortplätzen gehe. Die Verwaltung bemühe sich, die möglichen entsprechenden Mittel einzuwerben.

### Herr Hochschild

. weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage bereits jedes Gremium der Beratungsfolge ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung durchlaufen habe. Daher sei es nicht notwendig, in der Sitzung der Bürgerschaft eine Rede dazu zu halten.

### Herr Madjarov

. erinnert daran, dass im letzten Jahr gerade einstimmig für den Grundschulneubau gestimmt worden sei und in der Haushaltsberatung leider viele Mitglieder kein Geld dafür einstellen wollten. Daher sei es bedeutsam, zu betonen, dass Schul- und Kindertagesstättenneubauten sehr wichtig seien und die Mitglieder der Bürgerschaft sich um die Gelder kümmern müssen.

**Herr von Malottki**

- . geht auf Herrn Hochschilds Beitrag ein. Oft werden Projekte einstimmig beschlossen, jedoch folgen dem Stimmverhalten leider keine Taten.
- . weist darauf hin, dass diese eine Vorlage nicht ausreichen werde.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt für den 2. Projektauftrag in 2017 zur Einwerbung von EFRE-Fördermittel „Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung“ die Projekte „Neubau eine Grundschule einschließlich Sporthalle und Hort“ und „Neubau KITA Zwergenland““*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

**TOP 8.8. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018  
Prioritätenliste**

06/1119

B609- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Prioritätenlisten gemäß Anlagen zur Mittelbeantragung für die Sanierungsförderprogramme 2018.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

**TOP 8.9. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule**

06/1114.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B610-

22/17 **Herr Dr. Bittner**

. befürwortet es, dass die Käthe-Kollwitz-Schule das Vorzeigeprojekt für die Goldene Plakette für nachhaltiges Bauen bekommen habe. Damit sei man ein wenig vorangeschritten in Sachen Klimaschutz.

Grundlage des Beschlusses seien die Leitlinien zum Nachhaltigen Bauen, welche 2012 einstimmig beschlossen worden seien. Darin sei festgelegt worden, dass das Mindestmaß der Bauqualität das Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) in Silber sei. Dies habe man nun bekommen. Damals habe man beschlossen, den Weg zu gehen, für alle Neubau- und Sanierungsmaßnahmen von öffentlichen Gebäuden der Stadtverwaltung und kommunalen Einrichtungen diese Richtlinie bzw. dieses Zertifikat anzustreben. Bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden sollte davon abgewichen werden können.

Für diese Aufgaben sei eine Planstelle beantragt worden. Ziele seien drei große Gesichtspunkte:

- Ökonomische Gesichtspunkte
  - o Die Lebenszykluskosten sollen im Blick behalten und nicht das kostengünstigste Angebot genommen werden.
- Ökologische Gesichtspunkte
  - o vom Energieverbrauch der Herstellung bis zum Abriss = Öko-Bilanz
- Soziokulturelle und Funktionale Gesichtspunkte
  - o Gesundheit, Flexibilität bei Gebäuden (leichte Umgestaltung für neue Anforderungen z. B. für Inklusion)

2015 sei der Beschluss zum nachhaltigen Bauen angepasst worden. Damals sei angepasst worden, dass es auch ein anderes Bewertungssystem geben könne –

das Bewertungssystem vom Ministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (heute: für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern) (= BNB-System).

Nun liege ein Beschluss vor, der besage, dass das alte Zertifizierungssystem nach DGNB durch das neue BNB-System ersetzt werden solle. Die Verwaltung sage, dass dies eine günstigere Möglichkeit sei, öffentliche Gebäude, zu bewerten.

Auch hier könne von der Zertifizierung abgewichen werden.

. würde es gut finden, wenn die Gebäude mit dem Logo geschmückt werden könnten und daher nicht von einer Zertifizierung abgesehen werde. Jedoch müsse man natürlich auch mit dem Geld haushalten.

. hofft auf eine breite Zustimmung.

**Herr Burmeister**

. kritisiert, dass der Beratungsgegenstand in keinem Verhältnis zum Beschlusstext stehe, da unter Punkt 2 ein Beschluss gefordert werde und es sich daher nicht nur um eine Information handele.

**Frau von Busse**

. weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Beschlussvorlage handele.

„Information“ stehe im Beratungsgegenstand, weil es zur Käthe-Kollwitz-Schule die Auflage gegeben habe, hinterher zu berichten, wie der Prozess aus dem DGNB abgelaufen sei und ob man daraus Schlüsse für zukünftige Bauvorhaben ziehen wolle. Wenn es zur Klarstellung gewünscht sei, spreche nichts dagegen, den Beratungsgegenstand um „und Auswirkungen für zukünftige Bauvorhaben“ zu erweitern.

**Herr Dr. Kasbohm**

. wirbt für die Beschlussvorlage.

. bedankt sich bei Herrn Kremer für die gelungene Umsetzung.

. befürwortet eine Klarstellung, was der Unterschied zwischen Bau von privaten Schulen und Bau von öffentlichen Schulen sei.

**Herr Hochschild**

.beantragt Einzelabstimmung der Punkte.

Frau Socher lässt über die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abstimmen:

1. *„Die Ausschüsse nehmen die für den Neubau der Käthe-Kollwitz-Schule zuerkannten Qualitäten des nachhaltigen Bauens sowie das erreichte Zertifizierungsergebnis nach DGNB (Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen) zur Kenntnis.“*
2. *Die Bürgerschaft bestätigt, dass künftig grundsätzlich für alle Neubaumaßnahmen und Komplett-sanierungsmaßnahmen das Qualitätsniveau „Silber“ nach BNB (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen) sicherzustellen ist.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	zur Kenntnis genommen		
Punkt 2	22	15	1

**TOP 8.10. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 161 „Sanierungsgebiet Innenstadt-Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/870.1  
B611-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:



„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 161 „Sanierungsgebiet Innenstadt-Fleischervorstadt“ zum 01.01.2012 fest.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.11. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 162 „SOS –Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/367.1

B612- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

22/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 162 „SOS –Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.12. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 192 „Sanierungsgebiet Wieck“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/778.1

B613-

22/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 192 „Sanierungsgebiet Wieck“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.13. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 193 „Stadtumbau Ost – Schönwalde I“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/368.1

B614-

22/17 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 193 „Stadtumbau Ost – Schönwalde I“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.14. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 194 „Stadtumbau Ost – Ostseeviertel-Parkseite“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/479.1  
B615-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 194 „Stadtumbau Ost – Ostseeviertel-Parkseite“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.15. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 198 „Stadtumbau Ost – Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/480.1  
B616-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 198 „Stadtumbau Ost – Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.16. Feststellung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 199 „SOS Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012**

06/481.1  
B617-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens 199 „SOS Schönwalde II“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stichtag 01.01.2012 fest.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Frau Berger, Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.17. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2017 (B497-18/17)**

06/1124  
B618-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sowie den Haushaltsplan 2017/2018.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.18. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/1122  
B619-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wegen Umstrukturierungen bei den Stadtwerken.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr von Malottki und Herr Burmeister sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 8.19. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/1127  
B620-  
22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Frau Heinrich**

. hält die Überarbeitung des Nahverkehrsplans für notwendig.  
Wenn das Ziel einer verkehrarmen Innenstadt verfolgt werde, wenn die Probleme des innerstädtischen Parkens in den Griff bekommen werden sollen und wenn die CO<sub>2</sub>-Ziele für Greifswald erfüllt werden sollen, dann sei ein schlüssiges Nahverkehrskonzept unerlässlich. Die Streckenführung, die Taktung und die Anordnung der Haltstellen seien entscheidend für die Bereitschaft der Einwohner ein eigenes Auto stehen zu lassen oder ggf. ganz darauf zu verzichten. Nicht zuletzt seien es jedoch auch die Preise, die über die Nutzung des ÖPNV entscheiden. Eine bessere Auslastung der Busse erhöhe die Effizienz.  
. sieht die Pflicht in der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Instrumente zu entwickeln, die Schritt für Schritt zu einer Absenkung der Kosten für die Nutzung von Massenverkehrsmitteln führen.  
Unstrittig sei, dass der Ortsteil Riems noch verhältnismäßig gut angebunden sei, wenn man Friedrichshagen und Ladebow zum Vergleich heranziehe. Trotzdem sei

das Angebot so, dass es nicht zur Nutzung einlade. Die Attraktivität des Wohnens am Rande der Stadt steige auf diese Weise nicht.

. stellt die Verkehrsanbindung am Beispiel Riems dar.

. plädiert nachdrücklich dafür, Ruf- und Bürgerbusse anzubieten. Auch wenn damit zu rechnen sei, dass deren Akzeptanz nicht innerhalb kürzester Zeit spürbar sei, sei es langfristig doch ein guter Lösungsansatz.

Die Fraktion DIE LINKE begrüße ausdrücklich die Absicht, die Linie 2 über den Beitz-Platz zu erweitern und zur Universität und zum Klinikum eine attraktive Anbindung zur Innenstadt zu schaffen. Die Verlegung der Bushaltestelle in der Goethe-Straße werde ebenfalls positiv gesehen.

. verweist auf die Kleine Anfrage.

. geht noch einmal auf die Problematik „Fahrradständer“ am Bahnhof ein.

#### **Herr von Malottki**

. befürwortet die Idee, den Beitz-Platz an das Busnetz anzuschließen, sowie die Skizzierung eines Studierendentickets.

Es werde für die Greifswalder Bevölkerung eine wesentlich stärkere Verbesserung der Linie nach Lubmin.

. hofft, dass sich Kreistagsmitglieder für eine Verbesserung dieser Buslinie einsetzen.

Die Bevölkerungsstatistiken sagen aus, dass es immer mehr ältere Menschen in Greifswald geben werde. Viele von ihnen hätten auch einen Schwerbehindertenausweis. Das bedeutet, man benötige Ideen und Vorschläge, wie die Menschen mit Rollatoren, E-Scootern und Kinderwagen in die Busse gelangen. Daher brauche man barrierefreie Bushaltestellen. Dies müsse finanziell untersetzt werden.

. hofft, dass dies gemeinschaftlich in der nächsten Haushaltsplanung angestrebt werde. Es gebe ein Förderprogramm mit einer 80%igen Förderungsmöglichkeit.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

. bedankt sich bei Herrn Umnus - Geschäftsführer der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH für sein Engagement bei dieser Thematik.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß Anlage 1.*

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt das Anhörungsprotokoll und die Abwägung zum Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange für den Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß Anlage 2 zur Kenntnis.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Dr. Meyer und Herr Bleckmann sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

### **TOP 8.20. Bebauungsplan Nr. 116 – HanseYachts-Parkplatz –, Aufstellungsbeschluss**

06/1104 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B621-

22/17 **Frau Dr. Wölk**

. sagt, dass es sich aktuell um 790 Parkplätze handle, die die HanseYachts-AG auf dem eigenen Gelände vorhalte. Diese Parkplätze sollen auf die andere Straßenseite verlegt werden. Eine wichtige Frage sei hierbei, wie ca. 200 bis 300 Personen zu

Schichtbeginn und -ende mehr oder weniger gleichzeitig die Straße überqueren könnten. Es sei wichtig, von Anfang an eine tragfähige und langfristige Lösung zu finden. Zusätzlich gebe es dort noch einen Schienenzweig, der zwar derzeit nicht befahren werde, aber der Hafen entwickle sich weiter und die Züge würden dort höchstwahrscheinlich in Zukunft häufiger fahren.

Ein weiterer Punkt seien die anliegenden Kleingärten. Es sei wichtig, von Beginn an die Kleingärtner miteinzubeziehen und zu informieren, um Bedenken über z. B. Lärmbelastigungen auszuräumen.

Außerdem sei es langfristig wichtig, eine Buslinie Richtung Ladebow einzurichten. Dies sei auch bedeutend für die Weiterentwicklung des Industriestandortes an der Ladebower Chaussee.

. begrüßt es, dass die HanseYachts-AG den Parkplatz verlagern wolle und das Gelände sich weiterentwickle.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 116 – HanseYachts-Parkplatz - wie folgt:

1. Für das Gebiet nördlich der Ladebower Chaussee zwischen der ehemaligen Deponie und angrenzend an die Kleingartenanlagen Rosental und An der Saline (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Mit der Planung wird das Ziel verfolgt, Baurecht für einen neuen Mitarbeiterparkplatz für den Standort der HanseYachts AG an der Ladebower Chaussee zu schaffen.
2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) soll durch einen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke des Bebauungsplans zu unterrichten ist.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. “

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

## TOP 8.21. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1120.1

B622- Die Präsidentin der Bürgerschaft  
22/17 . ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
. erinnert an die neue Version.

### Frau von Busse

. informiert über die Änderung: Die Gebühren seien nun auf 50 EUR/lfd. m abweichend von den kalkulierten 68 EUR/ lfd. m gesenkt worden.

### Herr Dr. Kerath

. beantragt eine Einzelabstimmung der Punkte.

Die SPD-Fraktion wird dem zweiten Punkt zustimmen, jedoch nicht dem ersten. Sie werden sich stattdessen dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion anschließen.

. merkt an, dass diese Satzung aus seiner Sicht mindestens in drei Punkten grob fehlerhaft sei:

1. Berücksichtigung der Ausbaggerungskosten  
Im Hauptausschuss habe Herr Lubs erklärt, dass es sich bei der Differenz des Afa auf Eigenkapital zwischen 2017 und 2018 um die Abschreibungskosten handele (zu finden auf Anlage 1.5/AK 1.5). Diese Differenz betrage 51.151 EUR.

Wenn man davon ausgehe, dass die Baggerung 600 TEUR kosten solle, sei ein Abschreibungsrythmus von 11,73 Jahren erfunden worden.

2. Wirtschaftliche Entwicklung des Hafens

Es wäre hilfreich gewesen, wenn man die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Wasser- und Schifffahrtsamtes zu Rate gezogen hätte. Darin habe man nämlich geprüft, ob und inwieweit es sinnvoll sei, die Fahrrinne auszubaggern. Sie seien dabei zu einem negativen Ergebnis gelangt. Sie würden nämlich davon ausgehen, dass selbst im Falle der Ausbaggerung das Jahresergebnis von 2016 nicht übertroffen werde.

3. Falsche Berechnung des Zeitraums für die Ausbaggerung und der dadurch verursachten Kosten

Die Maßnahme halte nicht 11,7 Jahre an, sondern wesentlich kürzer. Das Wasser- und Schifffahrtsamt gehe in seiner Wirtschaftlichkeitsberechnung davon aus, dass die Maßnahme max. 3 Jahre anhalten werde, dann müsse erneut eine Baggerung vorgenommen werden. Im Juli habe man von 6 Jahren gesprochen. Und bei diesen Zahlen komme man dazu, dass die Kosten min. 1,78 Mio. EUR betragen werden.

Es bestehe derzeit schon eine Subventionierung allein aufgrund der Vorlage der Verwaltung im gesamten Zeitraum von 555 TEUR (0,34 EUR x Bruttoregistertonne = 555 TEUR → 111 TEUR Zuschuss pro Jahr).

Wenn man jedoch davon ausgehe, dass die Kosten tatsächlich erheblich höher seien, da der Abschreibungszeitraum für die Ausbaggerung im Hafen wesentlich kürzer sei, liegen die Kosten für die Bruttoregistertonne nicht bei 0,94 EUR sondern bei ca. 3,90 EUR. Es sollten jedoch nur 2,50 EUR eingenommen werden. Dies führe zu einer Unterdeckung.

. bittet die Verwaltung darum, eine ordnungsgemäße Kalkulation zu erstellen, um das Defizit zwischen den einzunehmenden Kosten und den gewünschten Kosten darzustellen.

Der SPD-Fraktion liege die Wirtschaftlichkeitsberechnung vor und sie stelle sie gern zur Verfügung. Außerdem hätten sie eine Nachberechnung der Kosten vorgenommen. Auch diese werde gern zur Verfügung gestellt.

**Herr König**

. sieht es ähnlich wie Herr Dr. Kerath, dass die Berechnungsgrundlage problematisch sei.

. vergleicht die Informationslage dieser Gebührensatzung mit anderen vorherigen Gebührensatzungen.

. hatte gehofft, dass die fehlenden Informationen in der Überarbeitung der Vorlage behoben werden würden.

. wird dem ersten Punkt dementsprechend auch nicht zustimmen.

**Herr Dr. Steffens**

. wirbt um den Änderungsantrag.

**Frau von Busse**

. weist die Berechnungen von Herrn Dr. Kerath zurück.

. hätte es gut gefunden, wenn diese Berechnungen bereits im Hauptausschuss dargelegt worden wären.

In der Hafengebührensatzung für den Hafen Ladebow seien die 600 TEUR für die Ausbaggerung über eine Abschreibungsfrist von 10 Jahren enthalten. Bei den Afa für Eigenkapital mit 54 TEUR würden derzeit noch zwei Abschreibungen laufen, wobei eine im nächsten Jahre ende (etwas mehr als 6 TEUR). Dann erhalte man eine Summe von 46 TEUR. Bei 600 TEUR erhalte man bei einer Abschreibung auf 10 Jahre (10 Prozent) auf 106 TEUR, wie in der Kalkulation angegeben.

. geht auf die Aussage ein, dass die Ausgaben Subventionierungen für den Hafen seien, da die Bruttoregisterzahlen falsch angesetzt worden seien und weist darauf hin, dass die Ausgaben sich nur erhöhen würden, da es sich um Zahlungen an die

Hafen- und Lagergesellschaft Greifswald mbH handele. Wenn sich die BRZ erhöhen, würden sich auch nur die Ausgaben erhöhen – wenn sie sinken, würden auch die Ausgaben sinken.

Die Frage sei, was erreicht werden solle.

. gibt zu bedenken, dass sich Greifswald als Hansestadt bezeichne, da Greifswald durch die Hanse einmal sehr vermögend geworden sei. Es sei Jahrhunderte lang über den Schiffsweg Handel getrieben worden.

Durch diese Infragestellung dieser Satzung werde den dortigen Unternehmen und damit den betroffenen Familien die Existenz erschwert.

#### **Herr von Malottki**

. stellt klar, dass sich der damalige Greifswalder Bürgermeister Heinrich Rubenow entschieden habe, nicht den Handel zu betonen, sondern er habe eine Universität gegründet und damit den Grundstein für die positive Entwicklung gelegt.

. fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass wenn die BRZ nicht steigen würden, auch die Kosten massiv sinken würden.

Für 2018 sei eine BRZ in Höhe von 300 TEUR angesetzt worden. In den letzten Jahren habe man immer einen Schnitt von 120 TEUR gehabt – auch als es ausgebaggert worden sei.

. fragt, wenn man als BRZ 110 TEUR ansetzen würde, ob dies bedeuten würde, dass die Subventionierungen/Kosten der Stadt sinken würden.

#### **Frau von Busse**

. stellt klar, dass es keine Subventionierung gebe. Für die Bruttoregistertonne sei der Wert 0,94 EUR/Bruttoregistertonne errechnet worden. Die Verwaltung schlage 0,60 EUR/Bruttoregistertonne vor, um konkurrenzfähige Preise zu erhalten.

. geht darauf ein, wie die 75 TEUR Investition für den Stadthafen zustande kommen. Diese Summe sehe die Stadt als erforderlich an, als jährliche Unterhaltungskosten einzubringen. Um einen Sanierungsstau – neben den Sondermaßnahmen, die derzeit laufen – zu vermeiden, werden 75 TEUR eingeplant, um keinen weiteren Wertverlust des Hafengeländes zu erleiden. Wenn diese Absenkung erfolge, würden statt der 75 TEUR nur noch ca. 50 TEUR investiert werden könnten.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

. hält die Vorlage der CDU-Fraktion – zumindest in Punkt 1 – für kontraproduktiv. Jeder gehe davon aus, dass die Gebühren zu niedrig seien und erhöht werden müssten. Wenn dies jedoch aufgehoben werde, würde das Defizit nur erhöht werden.

Die einzige Möglichkeit sei, die jetzigen Gebühren für ein Jahr zu beschließen und in diesem einen Jahr zu präzisieren.

. sagt, dass eine entschiedene Grundlage für realistische Berechnungen fehle – dies sei die Entscheidung zur Ausbaggerung.

#### **Herr Kruse**

. stellt klar, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht gegen den Hafen Ladebow gehe, sondern sich generell für Gespräch mit den Betroffenen ausspreche.

. geht auf die Ausbaggerung und den Hafen Ladebow ein. Den Hafen „tot zu reden“, halte die CDU-Fraktion für unrealistisch. Die Ausbaggerungskosten, die das Wasser- und Schifffahrtsamt angezweifelt habe, bezögen sich auf die Tatsache, das Baggergut nach Drigge zu verlagern. Wenn das Baggergut vor Ort zwischengelagert werden könnte, würde das Wasser- und Schifffahrtsamt auch zu anderen Zahlen und wahrscheinlich auch zu einer anderen Entscheidung kommen. Bei der Besichtigung im Hafen Ladebow im letzten Jahr seien auch all diese strittigen Fragen ausgeräumt worden. Es sei Konsens gewesen, dass es ohne Ausbaggerung nicht weitergehe.

### **Herr Krüger**

. findet gut, dass die Verwaltung die Diskussionen aus den Ausschüssen aufgenommen habe und die Vorlage entsprechend angepasst habe.  
. bittet, falls der Änderungsantrag der CDU-Fraktion angenommen werde, eine rechtmäßige Satzung zu erstellen, die den Anforderungen gerecht werde.  
Außerdem würden Einnahmen der Stadt benötigt, um Projekte zu finanzieren.

### **Herr Dr. Kerath**

. sagt, dass es an dieser Stelle erst einmal um eine ordnungsgemäße Kalkulation gehe und um den Bürgern in der Stadt mitteilen zu können, wie viel der Hafen Ladebow wirklich koste.

. stellt klar, dass er die Zahlen aus dem Hauptausschuss von Herrn Lubs genommen habe.

Wenn man sich die Wirtschaftlichkeitsberechnung ansehe, müsse man mit viel kürzeren zeitlichen Abständen der Ausbaggerung rechnen aufgrund beispielsweise der Veränderung der Strömungsverhältnisse in der Ostsee.

Das Baggergut müsse, da es konterminiert sei, speziell abgelagert werden müsse, wodurch die Kosten steigen. Das Wasser- und Schifffahrtsamt gehe davon aus, dass sich die wirtschaftlichen Umschlagszahlen nicht erhöhen werden. Daher kämen sie zu dem Schluss, dass sich dieses Projekt und eine weitere Ausbaggerung nicht lohne.

### **Herr König**

. entnimmt den Darstellungen von Frau von Busse, dass der Hafen netto, mit allen Kosten, die man einrechnen könne und den Gewerbesteuern der dort ansässigen Unternehmen, finanziell wirtschaftlich sei.

Es habe seiner Meinung nach mehrere Kleine Anfragen zu diesem Kostenkomplex gegeben und dort habe es nicht so gut für den Hafen ausgesehen.

. versteht nicht, wie mit der Gewerbesteuer argumentiert werden könne, wenn es Kosten gebe, die diese übersteigen.

Wenn die Verwaltung der Ansicht sei, dass der Hafen netto etwas einbringe, wäre es hilfreich, wenn dies auch nachgewiesen werden könnte.

Herr Hochheim habe damals schon gesagt, dass bezüglich des Hafens keine wirtschaftliche, sondern eine politische Entscheidung getroffen werden müsse.

### **Herr Lubs**

. weist beim Änderungsantrag der CDU-Fraktion darauf hin, dass bei Einzelabstimmung über Punkt 2 nicht vergessen werden dürfe, dass auf die Gebühren der vergangenen Kalkulationsperiode die Umlage für die Mitnutzung des Schipp-in aufgenommen werden müsse. Hierbei handele es sich um einen Aufschlag je laufenden Meter beanspruchte Uferbefestigung von 0,43 EUR.

### **Frau Dr. Wölk**

. bringt folgenden Änderungsantrag zur Vorlage der Verwaltung ein: da die BRZ für die Berechnung der Hafengebühr ausschlaggebend sei, bittet sie, die BRZ anzupassen und zwar auf die in den Jahren 2014 und 2015 vorliegenden BRZ in Höhe von 99.151 EUR oder 103.050 EUR und dadurch die Hafengebühren anzupassen.

### **Frau von Busse**

. weist ausdrücklich darauf hin, dass die Hafensatzung beschlossen werde und nicht die Kalkulation.

Wenn die BRZ heruntergesetzt werden, führe das dazu, dass sich der Aufwand, der an die Hafen- und Lagergesellschaft Greifswald mbHgezahlt werden müsse (40 Prozent), reduziere. Dies ändere jedoch nur unwesentlich etwas am Verhältnis. Jedoch bleibe die Verwaltung bei ihrem Vorschlag 0,60 EUR/Bruttoregistertonne für die Gebühren.



Frau Socher lässt über den Änderungsantrag abstimmen, welcher dann Punkt 1 der Verwaltungsvorlage ersetzen würde:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. In Abänderung der Beschlussvorlage 06/1120 des Dezernats II, Amt 66, in der Fassung vom 18.08.2017 wird die Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 rückwirkend ab dem 01.01.2017 aufgrund der hierfür aufgestellten Kalkulation, aber mit dem Inhalt und insbesondere den Gebührensätzen der durch Bürgerschaftsbeschluss vom 16.02.2015 bis zum 31.12.2016 gültigen Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 vom 20.02.2015 der Universitäts- und Hansestadt beschlossen.
2. Die Bürgerschaft strebt an, nach einer zwischen den Betroffenen, der Verwaltung und den bürgerschaftlichen Gremien angestrebten Abstimmung bis spätestens 30.06.2018 den Inhalt und die Gebührensätze der Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/ 2020/2021 anzupassen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	19	14	5

Der Änderungsantrag von Frau Dr. Wölk hat sich damit erledigt.

Frau Socher lässt über den jetzigen Punkt 3 der Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. In Abänderung der Beschlussvorlage 06/1120 des Dezernats II, Amt 66, in der Fassung vom 18.08.2017 wird die Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 rückwirkend ab dem 01.01.2017 aufgrund der hierfür aufgestellten Kalkulation, aber mit dem Inhalt und insbesondere den Gebührensätzen der durch Bürgerschaftsbeschluss vom 16.02.2015 bis zum 31.12.2016 gültigen Hafengebührensatzung 2014/2015/2016 vom 20.02.2015 der Universitäts- und Hansestadt beschlossen.
2. Die Bürgerschaft strebt an, nach einer zwischen den Betroffenen, der Verwaltung und den bürgerschaftlichen Gremien angestrebten Abstimmung bis spätestens 30.06.2018 den Inhalt und die Gebührensätze der Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/ 2020/2021 anzupassen.“
3. Den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Seesportzentrum Greifswald über die Mitnutzung der Sanitäranlagen des „Schipp in“ für die Hafennutzer (Gastlieger) der kommunalen Liegeplätze im Hafen Wieck.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

*Herr Prof. Dr. Treig verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

## TOP 8.22. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems

06/1125.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B623-

22/17

**Frau Heinrich**

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . erinnert an die ausgereichte Positionierung des Elternvereins.
- . beantragt namentliche Abstimmung.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Parkplätze vor dem Eingang des Kindergartens Riems zu schaffen. Sollte es Gründe geben, die von der OTV vorgeschlagene Lösung - Parkplätze gegenüber des Eingangs quer zur Fahrtrichtung - nicht zu realisieren, wird die Verwaltung aufgefordert, einen alternativen Standort zu finden.“*

Teilnehmer/in	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger	X		
Herr Dr. Ullrich Bittner	X		
Herr André Bleckmann	X		
Herr Ulf Burmeister	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek	X		
Herr Frank Embach	X		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Wolfgang Jochens	nicht anwesend		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	nicht anwesend		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow	nicht anwesend		

Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	nicht anwesend		
Herr Thomas Mundt	nicht anwesend		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Dr. Sascha Ott			X
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring	nicht anwesend		
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig	nicht anwesend		
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Brigitte Witt	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter	X		
Herr Ingo Ziola	nicht anwesend		

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	7	1

**TOP 8.23. Maßnahmen gegen Leerstand in der Greifswalder Innenstadt**

06/1092 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B624-

22/17

**Herr Rodatos**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau von Busse**

. geht auf den letzten Satz vor der Sachdarstellung ein: „Beide Konzepte sollen so gestaltet werden, dass sie in die bevorstehende Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald integrierbar sind“.

. erklärt Aufgabe und Funktion des Einzelhandelsfachplans.

Der Einzelhandelsfachplan schaffe die Voraussetzungen, auf denen die ganzen Konzepte aufbauen.

Dieser Plan ermittle, wo Flächen seien, wo Bedarf sei, wo ein Nahversorgungszentrum entstehen müsse und weiteres. Er müsse ziemlich zeitnah fortgeschrieben werden, um solchen Gebieten wie z. B. Ostseeviertel mit der Problematik Sky und Aldi, eine Perspektive zu bieten.

- . stellt klar, dass die Konzepte jedoch nichts mit dem Einzelhandelsfachplan zu tun haben könnten. Außerdem würde dies zu einer Verzögerung des Einzelhandelsfachplanes führen.
- . macht den Vorschlag, den genannten Satz zu streichen.

### **Frau Dr. Wölk**

- . bringt den Änderungsantrag ein:

*„Auf Grundlage der einstimmig verabschiedeten Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt/Fleischervorstadt in der Fassung vom März 2016 (Bürgerschaftsbeschluss B261-09/15) werden folgende Maßnahmen zur Reduzierung des Leerstands in der Greifswalder Innenstadt beschlossen:*

#### *I. Gemeinsamer Marktauftritt der Greifswalder Innenstadthändler*

- *Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister in Abstimmung mit der Greifswalder Marketing GmbH, dem „Verein Greifswalder Innenstadthändler“ VGI und der AG 'Revitalisierung der Innenstadt' im 1. Quartal 2018 ein Konzept für einen gemeinsamen Marktauftritt der Einzelhändler in der Greifswalder Innenstadt zu entwickeln.  
Zielsetzung ist dabei eine Umsetzung des Konzepts im 2. Quartal 2018. Das Konzept soll auch Aussagen über mögliche Maßnahmen zur digitalen Unterstützung des Einzelhandels umfassen. Damit die angedachte Umsetzung schnellstmöglich realisiert werden kann, bittet die Bürgerschaft um ein Finanzierungskonzept seitens der Stadtverwaltung im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/2018.*

#### *II. Installation eines Leerstands- und Flächenmanagements für die Greifswalder Innenstadt*

- *Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, den bürgerschaftlichen Gremien im 1. Quartal 2018 ein Konzept zur Implementierung eines Leerstands- und Flächenmanagements für die Greifswalder Innenstadt vorzulegen.  
Das Konzept soll eine Umsetzung des Leerstands- und Flächenmanagements für das 2. Quartal 2018 vorsehen und insbesondere Aussagen darüber treffen, wie bestehende Verwaltungsstrukturen und weitere Akteure (GMG, VGI usw.) in das Leerstands- und Flächenmanagement eingebunden werden können. Das Konzept soll einen Evaluierungsprozess der Maßnahmen vorschlagen und Möglichkeiten aufzeigen, wie das Leerstands- und Flächenmanagement nach der Etablierung in der Innenstadt auch auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden kann. Ferner wird die Verwaltung gebeten, bei etwaigem Finanzbedarf Möglichkeiten zur finanziellen Realisierung aufzuzeigen.*

#### *III. Innerstädtisches Kunst-, Kultur- und Eventmanagement*

- *Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, gemeinsam mit einem Leerstands- und Flächenmanagement ein Kultur- und Eventmanagement für die Greifswalder Innenstadt zu entwickeln. Dieses soll in Kooperation mit der Greifswald Marketing GmbH und in Abstimmung mit dem „Verein Greifswalder Innenstadthändler“ (VGI) sowie der AG 'Revitalisierung der Innenstadt' erarbeitet werden und dazu beitragen, die Greifswalder Innenstadt über die bereits bestehenden Großaktionen (z.B. verkaufsoffene Sonntage, Caspar-David-Friedrich Tag, Kunsthandwerkermärkte) hinaus zu einem attraktiven und erlebnisreichen Einzelhandelsstandort zu machen.*

*Beide Die Konzepte sollen so gestaltet werden, dass sie in die bevorstehende Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald integrierbar sind.“*

### **Herr Dr. Kasbohm**

- . wirbt für alle drei Punkte des Beschlusstextes.

Man müsse es hinbekommen, dass sich mehr Menschen im Innenstadtbereich aufhalten. Es müsse eine Magnetfunktion und ein Erlebniszentrum geschaffen werden.

Am Ende müsse ein Masterplan und Konzepte geschaffen werden, die festlegen, wer was erbringe.

### **Herr Embach**

- . sagt, dass er beide Vorlagen gut finde.

Es sei vor einigen Jahren eine Greifswald Marketing GmbH (GMG) gegründet worden

– als Initiative des Vereines „Greifswalder Innenstadt“ (VGI), von dem Herr Embach Vorsitzender sei – da auch der VGI an seine Grenzen stoße.  
Für die Zukunft werde von allen Beteiligten ein Plan benötigt und so ein Plan werde durch die Vorlagen erstellt.

#### **Herr Bleckmann**

. sagt, dass nicht nur der VGI, sondern auch die Greifswald Marketing GmbH an ihre Grenzen stoße. Daher werde gleich im nichtöffentlichen Teil über einen Zuschuss beraten. Als das Unternehmenskonzept damals beschlossen worden sei, sei ganz klar festgelegt worden, dass Anfang des nächsten Jahres eine Evaluierung der Aufgaben stattfinden müsse.

Beim Gründen dieser Gesellschaft sei nicht darüber nachgedacht worden, woher die Einnahmen kommen sollen und welche Aufgaben strategisch sinnvoll erfüllt werden könnten.

. findet den Antrag nicht sinnvoll, da hier davon ausgegangen werde, dass die GMG weitere Aufgaben erhalte und nicht geprüft werde, was sie wirklich leisten könne.  
. wirbt dafür, den Antrag abzulehnen.

#### **Herr Krüger**

. sagt auf Frau Sochers Nachfrage, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 – auch auf den Redebeitrag von Herrn Embach hin – den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen werde.

#### **Herr Rodatos**

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Bleckmann ein. Die Vorlage besage, dass die Verwaltung erst ein Konzept ausarbeiten solle. Daher gebe es noch keine Aufgabenübertragung an die GMG. Die GMG könne der Verwaltung sagen, was mit bestimmten Mitteln umgesetzt werden könne.

. stimmt Herrn Bleckmann zu, dass man sich darüber unterhalten müsse, was die GMG für Aufgaben wahrnehmen solle.

. hält die Evaluierung 2018 für viel zu spät.

. fragt, ob in der Fortschreibung der Einzelhandelsfachkonzeption nicht auch schon Maßnahmen aufgelistet worden seien. Warum sollten nicht auch weitere Maßnahmen aufgenommen werden?

#### **Herr Kaiser**

. sagt, dass der Einzelhandelsfachplan erst die Grundlage bildet, für die nächste mögliche Änderung oder Beibehaltung im Einzelhandel.

. ist sich nicht sicher, wer in der Stadtverwaltung dieses Themengebiet betreue. Dadurch werde der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Der Einzelhandelsfachplan sei in Auftrag gegeben worden, darauf hätten sich Firmen beworben und der Auftrag werde nun vergeben. Wenn nun zusätzliche Dinge eingearbeitet werden sollen, dann könnten die Firmen nicht nach ihrer Aufgabenstellung handeln und müssten warten, bis die Konzepte fertig gestellt seien.

Dies sei nicht umsetzbar – es sei denn, es werde gesagt, dass der Einzelhandelsfachplan für das nächste Jahr nicht benötigt werde.

#### **Herr Rodatos**

. findet es bedenklich, dass Herr Kaiser nicht wisse, wer dieses Themenfeld bearbeite.

. sagt, dass u. a. das Amt 60 genau diese Maßnahmen im Rahmenplan aufgeführt und gesagt habe, dass diese zusammen mit der Einzelhandelsfachkonzeption umgesetzt werden sollen.

. hält es für fraglich zu sagen, dass dieses Gebiet niemand aus der Verwaltung abdecken könne.

. ist gegen die zeitliche Verschiebung der Erstellung der

Einzelhandelsfachkonzeption.

Seiner Meinung nach, sollte man so früh wie möglich mit der Umsetzung beginnen. Daher seien explizit diese zwei Maßnahmen – die sowohl die Unterstützung der Verwaltung als auch die Unterstützung der Politik gefunden hätten – herausgelöst worden und sollten nun angegangen werden.

#### **Frau von Busse**

. erläutert diesbezüglich den Ablauf in der Verwaltung:

Wenn ein Planer oder Gutachter der Verwaltung etwas zuarbeiten soll, müssen aus der Verwaltung Kriterien zugearbeitet werden. Für den Einzelhandelsfachplan gebe es einen Mitarbeiter, der dies schon jahrelang mache. Für das Leerstandsmanagement müssten jedoch Kriterien gefunden werden, die jemand erst entwickeln müsse. Dies erfolge aber nicht im Stadtplanungsamt. Wenn Kriterien vorgegeben werden sollen, die die wirtschaftliche Situation der Innenstadthändler verändern solle, sollte das jemand machen, der sich in der Wirtschaft auskenne.

#### **Herr Kaiser**

. ergänzt, dass es um den Satz gehe, in dem stehe, dass die Konzepte erarbeitet und dann in den Einzelhandelsfachplan integriert werden sollen.

Dies sei aus Sicht der Verwaltung falsch.

Das Parallelerarbeiten eines Konzeptes für den Leerstand könne man machen und dann sei es eventuell der Einzelhandelsfachplan, der Ideen entwickle, wie dies umgesetzt werden könne. Aber es sei nicht möglich ein zu erarbeitendes Konzept in ein anderes Konzept zu integrieren, welches ebenfalls gerade erst erarbeitet werde.

#### **Frau Socher**

. fragt die Einbringer, ob die Anregung der Verwaltung in die Vorlage aufgenommen werden soll.

Dies wird verneint.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

. erklärt, dass es durch den Beschlusstext keine Beschränkung auf den Einzelhandelsfachplan gebe, sondern auf die beiden Konzepte. Es bestehe nur die Aufgabe zu prüfen, ob es nicht Schnittstellen gebe.

#### **Herr Kaiser**

. fasst zusammen, dass genau dieser Beschlusstext beschlossen werde, welcher die Verwaltung vor Probleme stelle.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

*„Auf Grundlage der einstimmig verabschiedeten Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt/Fleischervorstadt in der Fassung vom März 2016 (Bürgerschaftsbeschluss B261-09/15) werden folgende Maßnahmen zur Reduzierung des Leerstands in der Greifswalder Innenstadt beschlossen:*

- I. *Gemeinsamer Marktauftritt der Greifswalder Innenstadthändler*
  - *Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister in Abstimmung mit der Greifswalder Marketing GmbH, dem „Verein Greifswalder Innenstadthändler“ VGI und der AG 'Revitalisierung der Innenstadt' im 1. Quartal 2018 ein Konzept für einen gemeinsamen Marktauftritt der Einzelhändler in der Greifswalder Innenstadt zu entwickeln.  
Zielsetzung ist dabei eine Umsetzung des Konzepts im 2. Quartal 2018. Das Konzept soll auch Aussagen über mögliche Maßnahmen zur digitalen Unterstützung des Einzelhandels umfassen. Damit die angedachte Umsetzung schnellstmöglich realisiert werden kann, bittet die Bürgerschaft um ein Finanzierungskonzept seitens der Stadtverwaltung im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/2018*

## II. Installation eines Leerstands- und Flächenmanagements für die Greifswalder Innenstadt

- Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, den bürgerschaftlichen Gremien im 1. Quartal 2018 ein Konzept zur Implementierung eines Leerstands- und Flächenmanagements für die Greifswalder Innenstadt vorzulegen. Das Konzept soll eine Umsetzung des Leerstands- und Flächenmanagements für das 2. Quartal 2018 vorsehen und insbesondere Aussagen darüber treffen, wie bestehende Verwaltungsstrukturen und weitere Akteure (GMG, VGI usw.) in das Leerstands- und Flächenmanagement eingebunden werden können. Das Konzept soll einen Evaluierungsprozess der Maßnahmen vorschlagen und Möglichkeiten aufzeigen, wie das Leerstands- und Flächenmanagement nach der Etablierung in der Innenstadt auch auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden kann. Ferner wird die Verwaltung gebeten, bei etwaigem Finanzbedarf Möglichkeiten zur finanziellen Realisierung aufzuzeigen.

## III. Innerstädtisches Kunst-, Kultur- und Eventmanagement

- Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, gemeinsam mit einem Leerstands- und Flächenmanagement ein Kultur- und Eventmanagement für die Greifswalder Innenstadt zu entwickeln. Dieses soll in Kooperation mit der Greifswald Marketing GmbH und in Abstimmung mit dem „Verein Greifswalder Innenstadthändler“ (VGI) sowie der AG ‚Revitalisierung der Innenstadt‘ erarbeitet werden und dazu beitragen, die Greifswalder Innenstadt über die bereits bestehenden Großaktionen (z.B. verkaufsoffene Sonntage, Caspar-David-Friedrich Tag, Kunsthandwerkermärkte) hinaus zu einem attraktiven und erlebnisreichen Einzelhandelsstandort zu machen.

Die Konzepte sollen so gestaltet werden, dass sie in die bevorstehende Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald integrierbar sind.

Beide Konzepte sollen so gestaltet werden, dass sie in die bevorstehende Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald integrierbar sind.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	11	1

## TOP 8.24. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft

06/1094 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B625-

22/17 **Herr von Malottki**

- . bringt seinen Änderungsantrag, in die Vorlage ebenfalls die Fußballeuropameisterschaft 2020 aufzunehmen, ein.
- . macht darauf aufmerksam, dass dieses Turnier erstmals nicht nur in einem Land ausgetragen wird, sondern in Stadien verteilt über ganz Europa.
- . wertet dies gerade in der heutigen Situation als ein bedeutsames Zeichen, das ihm auch persönlich sehr wichtig ist.
- . weiß um die Schwierigkeiten, Sponsoren zu gewinnen und wird sich hier auch persönlich engagieren.
- . formuliert folgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, dass zur Fußballweltmeisterschaft 2018 und Fußballeuropameisterschaft 2020 eine Public-Viewing-Fläche in Greifswald eingerichtet werden soll.“

Auf Nachfrage der Präsidentin der Bürgerschaft erklärt die CDU-Fraktion als Einbringer ihr Einverständnis mit der von Herrn von Malottki eingebrachten Änderung.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„1) Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, dass zur Fußballweltmeisterschaft 2018 und Fußballeuropameisterschaft 2020 eine Public-Viewing-Fläche in Greifswald eingerichtet werden soll.

2) Die Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald soll prüfen ob in Kooperation mit dem Theater Vorpommern, dazu die Bühne der Sommerspiele genutzt werden kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob mit dem örtlichen Kinobetreiber während der spielfreien Zeit ein Kinoprogramm angeboten werden kann. Voraussetzung ist, dass die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Fläche über Sponsoren finanziert werden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	5

*Herr Burmeister verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

### TOP 8.25. Grillplatz Credner-Anlagen

06/1095.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B626-

22/17

**Herr Krüger**

. bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Übernahme der im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen eingebrachten Änderung (Erweiterung der Prüfung auf andere Bereiche)

. erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage gern miteingebracht hätte

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, im Bereich der Credner-Anlagen und anderer Bereiche einen Grillplatz einzurichten. Der Grillplatz soll für mehrere Einzelpersonen/Personengruppen gleichzeitig die Möglichkeit zur Nutzung bieten. Ausreichende Möglichkeiten zur Entsorgung von Asche und sonstigem Müll sind bereitzustellen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

### TOP 8.26 Unterhaltungsbaggerung Seehafen Greifswald-Ladebow

06/1206

B627-

22/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Frau von Busse**

. bringt die Tischvorlage ein, begründet die Notwendigkeit dieser Vorlage im Interesse der Unternehmen im Hafen Ladebow und verwahrt sich u. a. gegen Feststellungen des Bundes der Steuerzahler, die erkennbar fehlerhaft recherchiert worden seien.

**Herr Dr. Kasbohm**

. wirbt für die Vorlage und richtet die Aufmerksamkeit besonders auf die notwendige Tiefe, damit die Wirtschaftlichkeit gegeben sei.

. gibt in Bezug auf die vom WSA angegebenen 3-Jahres-Frist zu bedenken, dass geologische Prozesse extrem langsam sein würden.



. führt als mögliche Alternative gegen die Versandung des Hafens das Versenken von Schiffen, das andernorts bereits praktiziert worden sei, an.

#### **Herr von Malottki**

. fragt zur Höhe der finanziellen Mittel (bleibt die Kostenschätzung von 600 TEUR bestehen) und zur Planung hinsichtlich einer erneut notwendig werdenden Ausbaggerung nach (hat die Frist von sieben Jahren Bestand).

. kündigt, unter Verweis auf die notwendigen Entscheidungen zum Kita-/Schulneubau, einen Änderungsantrag seiner Fraktion an, der beinhalten wird, dass Firmen, die von der Ausbaggerung profitieren, an den Kosten der Ausbaggerung zu beteiligen sind.

. erklärt, dass seine Fraktion nicht das Gewerbegebiet und die Mittelständler infrage stellt, gleichwohl jedoch die Subventionen für Unternehmen, die einen milliardenschweren Umsatz verzeichnen (u.a. Beiselen GmbH, Mibau Baustoffhandel GmbH).

. fordert, dass diese Firmen sich an den Ausbaggerungskosten beteiligen.

#### **Frau von Busse**

##### Kosten

Von den in der Vorlage aufgeführten 650 TEUR seien 600 TEUR für die ursprüngliche Ausbaggerung und 50 TEUR, ohnehin Bestandteil des Haushaltes, für die jährliche Unterhaltung vorgesehen. Derzeit seien 150 TEUR gebunden und es werde davon ausgegangen, dass die 500 TEUR für diesen ersten Schritt ausreichen.

##### Wiederausbaggerung

Diese sei sofort notwendig, wenn das Spülfeld, das auf Dauer bestehen soll, existiert. Der genaue Zeitpunkt könne nicht benannt werden, da die Dauer des Genehmigungsverfahrens nicht eingeschätzt werden könne.

##### Firmenbeteiligung

Die Firmen sind beteiligt, einkalkuliert in der Hafengebührensatzung. Sollte eine separate Firmenbeteiligung gefordert werden, wäre eine Herausrechnung aus der Satzung notwendig. Dies zöge eine Änderung der Kosten pro Bruttoregistertonne (derzeit 60 Eurocent) nach sich.

#### **Herr König**

. fordert die Rückverweisung der Vorlage an die Fachausschüsse und das Einräumen der notwendigen Zeit für die Befassung mit der Vorlage, damit eine verantwortungsvolle Entscheidung darüber möglich sei.

. kritisiert die Vorlage dieser Angelegenheit als Tischvorlage und das Fehlen der Wirtschaftlichkeitsberechnung, die seit einem Jahr erbeten wurde.

#### **Herr Kruse**

. spricht gegen die Rückverweisung in die Fachausschüsse.

. verweist u.a. darauf, dass jetzt das 2003 geschlossene Spülfeld wieder hergestellt werden solle und bereits bei der Beschlussfassung zum Haushalt mehrheitlich pro Ausbaggerung Einigkeit bestanden hätte.

. stellt klar, dass sofort gehandelt werden müsse, Dringlichkeit mit dem Blick auf die Unternehmen geboten sei.

. erwartet unternehmerisches Verständnis in der Bürgerschaft.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Antrag

„Rückverweisung in die Ausschüsse“

abstimmen.

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	17	17	1

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

#### **Herr Dr. Kerath**

bittet um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

- . Wo soll das Spülfeld eingerichtet werden?
- . Was soll mit dem Baggergut geschehen?
- . Kann das Baggergut an der vorgesehenen Stelle an Land gelagert werden?
- . Welche Umweltvorschriften sind bei der Lagerung zu beachten?
- . Welche Kosten werden durch Beachtung der Umweltvorschriften verursacht?
- . Was ist mit dem Baggergut geschehen, das bei der letzten Baggerung im Hafengelände gelagert worden ist?

#### **Frau von Busse**

Das Baggergut ist noch im Hafen. Es wird für die Ummantelung des - für die Lagerung auf der noch zu pachtenden Fläche (-> TOP 5.3. nichtöffentliche Sitzung) - neuen Baggergutes verwendet.

Genehmigungen sind vom StALU einzuholen. Von dort sei signalisiert worden, dass die Lagerungsfläche im Hafen unproblematisch sei.

Das Spülfeld soll in unmittelbarer Hafennähe errichtet werden. Die Lage wird wie folgt beschrieben: An der Kaikante stehend, Blick nach links zur Mibau Baustoffhandel GmbH auf die dahinter liegende Anlandungsfläche. Diese Fläche befände sich derzeit in Prüfung.

Herr Lubs

ergänzt, die Prüfung des Baggergutes habe ergeben, dass es sich um unbelastetes Material handle. Dieses könne zur Verbesserung der Bodenqualität in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Es besteht diesbezüglich bereits Kontakt zu drei Landwirten.

#### **Herr Rodatos**

. hinterfragt die Günstigkeit der geplanten zweimaligen Ausbaggerung und die Verlässlichkeit des nachfolgenden Satz aus dem Schreiben (Anlage zur Beschlussvorlage) des Wasserstraßen- und Schifffahrtamtes Stralsund „In diesem Fall wäre womöglich die seitens der Hafennutzer als Mindestforderung gestellten 5,70 m Abladetiefe in erreichbarer Nähe.“

#### **Frau von Busse**

Zwei Baggerungen sind notwendig, weil das endgültige Spülfeld noch nicht errichtet ist. Die Dauer des Genehmigungsverfahrens könnte bis zu zwei Jahre betragen. Im Sinne der Firmen kann es für diesen Zeitraum nicht bei der derzeit bestehenden Ablagetiefe von 4,20 m bleiben.

Dann müsste man nochmals zeitnah ausbaggern, um einen Aufschwung im Hafen zu erreichen.

Die Kosten der zweiten Ausbaggerung können noch nicht beziffert werden.

### Herr Hochschild

stellt unter Verweis auf die fortgeschrittene Uhrzeit (22:30 Uhr) den Geschäftsordnungsantrag „Schluss der Debatte“.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	11	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ermächtigt den Oberbürgermeister,*

*a) mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Stralsund (WSA) eine Verwaltungsvereinbarung über eine zeitnahe Baggerung in der Zufahrt und im Hafenecken Seehafen Greifswald- Ladebow auf eine Tiefe von - 5,90 m NHN abzuschließen*

...

*2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Planung stadt-eigener Spülfeldkapazitäten im näheren Hafenumfeld, um für weitere Unterhaltungsbaggerungen möglichst in einer Tiefe von - 6,90 m NHN aus dem Hafenecken und der Zufahrt zum Hafen das dann anfallende Nassbaggergut unterbringen zu können.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	15	1

## TOP 9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

### Frau von Busse

#### Zentrum Life Science und Plasmatechnologie

. 18.09.2017 Übergabe des Fördermittelbescheids

Die weiteren Planungsphasen seien beauftragt. Die Bauausführung werde Mitte 2018

beginnen. Voraussichtlich Ende 2020 werde die Inbetriebnahme erfolgen.

#### Stadtarchiv

. 16.10.2017 Baustart

Neubau der Turnhalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule  
. 19.10.2019 Grundsteinlegung

Martin-Luther-Straße  
. 23.10.2017 Baustart  
Die Anwohner werden noch informiert.

Neubau Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer"  
. 03.11.2017 Grundsteinlegung

### **Frau Schlegel**

BauBeCon  
Die BauBeCon akzeptiert die Kündigung seitens der UHGW von 2012 und nimmt die damit im Zusammenhang stehenden Klageanträge zurück

Wackerow  
In Wackerow würde derzeit verhandelt werden. Das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern habe mitgeteilt, dass das Anhörungsverfahren, um das die UHGW im Juni 2017 gebeten habe, derzeit nicht durchgeführt werden würde. Die weiteren Geschehnisse in Wackerow würden abgewartet werden.

## **TOP 10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

**Herr Dr. Kerath**  
beantragt gem. § 12 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der UHGW, die Tonaufzeichnung der heutigen Sitzung ein Jahr aufzubewahren.

**Herr Krüger**  
fragt - unter Verweis auf die entsprechende Beschlussfassung der Bürgerschaft, B-Plan 76.1 und 76.2 Campingplatz Eldena, hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages - zum aktuellen Sachstand nach.

**Herr Wilde**  
gibt die Auskunft, dass kein neuer Sachstand vorlege. Bisher sei noch kein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen worden. Das Bebauungsplanverfahren konnte demzufolge nicht weitergeführt werden, da der städtebauliche Vertrag formale Voraussetzung für das Planverfahren ist.

Auf Nachfrage der **Präsidentin der Bürgerschaft** zum weiteren Fortgang antwortet **Herr Kaiser**, dass dazu keine Vorhersage getroffen werden könne. Die Stadt würde den B-Plan erst dann fortführen, wenn alle Flächen im Eigentum des Investors stünden. Wann das sein werde, könne derzeit nicht gesagt werden.

**Herr König**  
fragt hinsichtlich der Zurverfügungstellung des Straßenzustandsberichtes nach.

**Frau von Busse**  
kann dazu jetzt keine Aussage treffen, nimmt sich der Angelegenheit an und wird die Antwort schriftlich zu Protokoll geben.

**Herr von Malottki**

stellt zwei Fragen.

1. Werden die heute bei der Hafengebührensatzung beschlossenen BRZ für das Jahr 2018 als realistisch eingeschätzt?
2. Inwiefern wirkt sich die Reduzierung der BRZ auf die Zahlung Richtung HLG (Hafen- und Lagergesellschaft Greifswald mbH) aus?

Auf Nachfrage der Präsidentin hinsichtlich des Einverständnisses zu einer schriftlichen Beantwortung erklärt Herr von Malottki, dass er jetzt auf einer Antwort zumindest zur ersten Frage bestehe.

**Frau von Busse**

- . gehe davon aus, dass die BRZ ohne Baggerung nicht steigen werden.
- . erklärt, dass die Bürgerschaft heute nicht die Kalkulation, in der die BRZ stehen, sondern einen Betrag pro BRZ, der erhoben werden soll, beschlossen habe.

**Frau Dr. Wölk**

- . bittet um Auskunft zum Einkaufszentrum im Ostseeviertel.

**Frau von Busse**

- . informiert, dass momentan die Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans abgewartet werden würde. Die Unternehmen Aldi und Sky würden sich eine optimalere Verkaufssituation wünschen.

**Herr Dr. Kasbohm**

bittet – unter Verweis auf das Übliche in der Bürgerschaft und seine persönliche Situation - Frau von Busse, ihre Redebeiträge stehend zu halten.

**Frau von Busse**

entschuldigt sich und kommt dieser Bitte nach.

**Herr Lange**

gibt einen Hinweis zur Verkehrssituation im neuen Wohngebiet im Ostseeviertel-Ryckseite.

Beim Befahren dieses Gebietes von der Knud-Rasmussen-Straße über die Alfred-Wegener-Straße in den Ummanzer Weg sei das eine verkehrsberuhigte Zone. Inzwischen sei die hintere Seite, von der Roald-Amundsen-Straße aus, geöffnet. Dort gebe es keine weiteren Schilder, die auf die verkehrsberuhigte Zone hinweisen. Diese Straße grenze direkt an einen Kinderspielplatz. Es seien dort keine Absperrungen vorhanden. Abhilfe sei dringend geboten.

**Frau von Busse**

nimmt sich des Problems an.

Die Präsidentin der Bürgerschaft merkt an, dass die Abarbeitung schriftlich zu Protokoll gegeben werde.

**TOP 11. Mitteilungen der Präsidentin**

Die Präsidentin der Bürgerschaft gibt in Anbetracht der fortgeschrittenen Tageszeit ihre Mitteilungen, die bereits im Sitzungsprotokoll des erweiterten Präsidiums vom

29.09.2017 festgehalten sind, schriftlich zu Protokoll.

Die Übersendung des Sitzungskalender 2018 wird für die kommende Woche in Aussicht gestellt. Zunächst müssen die jetzt vorliegenden Änderungen des Sitzungskalenders 2018 des Kreistages Vorpommern-Greifswald eingearbeitet bzw. berücksichtigt werden.

**TOP 12. Schluss der Sitzung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 22:34 Uhr.

für das Protokoll  
bis incl. TOP 8.23.1T

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst Bürgerschaft

ab TOP 8.24

Birgit Socher  
Präsidentin der Bürgerschaft

Barbara Breier  
Leiterin Kanzlei der Bürgerschaft

**Anlagen:**

- Zu TOP 8.2.1 Aufstellung der Mitglieder in den Arbeitsgruppen
- Zu TOP 9 Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Zu TOP 10 Zurverfügungstellung des Straßenzustandsberichtes
- Zu TOP 11 Mitteilungen der Präsidentin der Bürgerschaft